



## **Vorschlag für ein Papier „Sicherheit im Wandel und durch Wandel“**

als Beitrag der GWK für die Ausrichtung des Wahlkampfes

### **VORBEMERKUNGEN**

#### **I. EINLEITUNG: SICHERHEIT IM WANDEL BRAUCHT VERTRAUEN**

#### **II. FOLGERUNGEN AUS DEN ERFAHRUNGEN MIT DER CORONA-KRISE FÜR DIE ANTWORTEN AUF DIE FRAGE NACH „SICHERHEIT IM WANDEL“**

##### **1. Erfahrungen in der Krise und Anstöße für die Zukunft**

- a. Lebenswelt
- b. Arbeitswelt
- c. Unsere Welt ist volatil, unsicher, komplex und ambivalent.

##### **2. Aus der Krise eine Chance machen**

- a. Corona bietet neue Perspektiven für sozialdemokratische Politik
- b. Gesellschaftliche Solidarität durch sichere öffentliche Güter
- c. Solidarität durch mehr Teilhabe der Zivilgesellschaft
- d. Von der nahen bis zur globalen Solidarität

##### **3. Kommunikation in der Krise: Wie schafft man Vertrauen?**

- a. Bedeutung von gegenseitigem Vertrauen
- b. Kommunikation unter Unsicherheitsbedingungen und in der Krise

#### **III. BEISPIELE FÜR DIE VERUNSICHERUNG IM WANDEL UND LÖSUNGSANSÄTZE**

- **Wandel der Gesellschaften: Orientierungssuche in neuer Vielfalt**
- **Wandel der Wirtschaft: Strukturumbrüche**
- **Schuldenlast für die kommenden Generationen? Eine neue progressive Finanzpolitik**
- **Wandel in der Arbeitswelt: Abstiegsängste, Selbstwertverlust**

- **Erosion der öffentlichen Daseinsvorsorge**
- **Innere Sicherheit gefährdet? Subjektive Gefühle gegen objektive Daten**
- **Schwächung nationalstaatlicher Politik: Kontrollverlust durch Globalisierung**
- **Globalisierung: Verunsicherung durch neue Abhängigkeiten**
- **Wandel des Klimas und der planetaren Umwelt bedroht unsere Lebensgrundlagen: Wir wollen einen Green New Deal**
- **Wandel der sozialen, politischen, ökonomischen, klimatischen Friedensbedingungen: Failed States und Bürgerkriege, Flucht und Migration**
- **Wandel der internationalen politischen Mächte-Konstellation: neue Bedrohungen in der militärischen Sicherheitspolitik**

#### **IV. ZUSAMMENFASSUNG: SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN, UM MEHR SICHERHEIT ZU SCHAFFEN**

##### **VORBEMERKUNG**

Die GWK hat nicht die Aufgabe, kurzfristige Ratschläge für einen Wahlkampf zu geben. Aber sie soll langfristige Themen und Herausforderungen der SPD herausfinden und inhaltliche Antworten darauf versuchen. Zugleich geht sie davon aus, dass langfristige Themen und Antworten auch für akute Wahlkämpfe wichtig sind, weil sie Vertrauen (oder nicht) in die Orientierungsfähigkeit der SPD bieten.

Zu den grundlegenden Fragen gehört auch, ob die SPD prinzipiell ihren Wahlkampf vor allem nach empirisch abfragbaren Interessen und Wünschen von gesellschaftlichen Gruppen, die sie gewinnen will, ausrichten oder ob sie – auch unabhängig davon – ihre Inhalte an ihren Grundwerten orientieren soll. Einerseits muss sie natürlich die Interessen ihrer potenziellen Wähler im Blick haben, andererseits kann sie mit einem „Bauchladen“ an Angeboten für Wählergruppen kein Vertrauen gewinnen, weil die erkennen, dass sie instrumentell angesprochen werden und weil damit keine langfristige kohärente Orientierung zu formulieren ist. Die braucht die SPD aber, um nachhaltig Vertrauen zu gewinnen.

Zu den damit verbundenen Fragen gehört auch, ob und wie sich die SPD in ihrem Wahlkampf auf ein soziales Segment (Stichwort: „Kernwähler“) fokussieren oder ob sie breit anschlussfähig sein soll. Die erste Position wird damit begründet, dass die SPD keine „Volkspartei“ mehr sein kann und sich deshalb, um nicht diffus zu erscheinen, enger sozial fokussieren muss. Die Alternative gründet sich auf den

sozialdemokratischen Anspruch, jenseits der Frage nach Volksparteien für die gesamte Gesellschaft einen politischen Entwurf zu propagieren, dessen besonderes Profil aus den Grundwerten folgt. Angesichts der Differenziertheit unserer Gesellschaft muss sie argumentativ und interessenmäßig anschlussfähig sein. Dies gilt zumal angesichts dessen, dass die Demokratie sich grundsätzlich offen zeigen muss nicht nur für Interessen, sondern auch für Argumente und dass sie durch verallgemeinerbare Begründungen legitimiert (Deliberation) wird, nicht nur durch partikuläre Interessenvertretung, die allerdings auch legitim ist.

Das Thema unseres Papiers haben wir vor der Corona-Krise formuliert. Es bleibt aber weiterhin zentral für sozialdemokratische Politik. Wie zentral, kann man daran erkennen, dass nach drei Jahren rot-grüner Regierungstätigkeit am Anfang des neuen Jahrtausends der damalige Vorsitzende der SPD, Franz Müntefering; zusammen mit Matthias Machnig schon einmal ein Buch unter dem Titel „Sicherheit im Wandel“ herausgegeben hat (Matthias Machnig, Franz Müntefering (Hrsg.), Sicherheit im Wandel, Berlin 2001), also just unter demselben Titel, den die Grundwertekommission 2020 für ihr Papier zur Vorbereitung der Wahlen 2021 formuliert hat.

In der Aufsatzsammlung findet man für die verschiedenen Politikfelder und aus unterschiedlichen Blickwinkeln, was prominente Sozialdemokraten seinerzeit als Herausforderung und Ziel ihrer Politik angesehen haben. Die Identität der Titel damals und heute zeigt, dass sich in den vergangenen zwanzig Jahren die prinzipielle Aufgabenbestimmung und die normative Grundidee sozialdemokratischer Politik nicht verändert haben: Alle, damals und heute, wollen sich nach den Grundwerten richten; Solidarität, Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt sind herausragende unverzichtbare Werte und Voraussetzung von gelingender Freiheit. Die Autoren – mit Edelgard Bulmahn gibt es nur eine (!) Autorin – distanzieren sich schon damals vom „Neoliberalismus“, den sie der Union zuordnen.

Aber die Zeitdiagnose, der Zeitgeist und die konfrontierten Herausforderungen sind im Schwerpunkt deutlich andere als heute: Die SPD sieht sich am Anfang ihrer Regierung 1998 vor einem „Reformstau“, den die Regierung Kohl hinterlassen hat. Er betrifft die Rentenversicherung, die Regelungen zum Arbeitsmarkt, insbesondere den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit, eine Einwanderungsgesetzgebung und die Voraussetzungen für eine moderne Familienpolitik - beides um an mehr Arbeitskräfte zu kommen - und vor allem den Schuldenabbau zur Sanierung der Staatsfinanzen. Das Schlüsselwort, das die Probleme lösen soll, heißt Modernisierung. Gemeint ist damit, dass der herkömmliche Sozialstaat nicht mehr so viel kosten darf, deshalb reformiert und insgesamt die Staatsquote gesenkt werden muss. Denn nicht vom Staat, sondern von privater bzw. privatwirtschaftlicher Initiative erwarteten die Sozialdemokraten damals die neue Dynamik, die Deutschland wiederbeleben und die Arbeitslosigkeit abbauen

soll. Die „Angebotsseite“ der Wirtschaft ist der Hebel. Hier folgen sie dem wirtschaftspolitischen Zeitgeist. Dazu gehören mehr „Eigenverantwortung“ und „Eigeninitiative“ der Arbeitnehmer, die möglichst durch Aktienkäufe für die private Altersvorsorge zu Mit-Unternehmern werden sollen. Steuern und Sozialkosten müssen erheblich gesenkt, Anreize zur Selbständigkeit gesetzt werden. Nicht wachsende Ungleichheit ist das Problem. Vielmehr müssen Sozialdemokraten jetzt Gründe für „gerechte Ungleichheiten“ verdeutlichen, ohne dass die allerdings zu Ungerechtigkeiten führen dürfen (Thomas Meyer, ebd. S.24). Nicht mehr der „fürsorgende Vater Staat“, sondern der „aktivierende Partner Staat“ ist angesagt (Hans Martin Bury, ebd. S. 139). Besser Gebildete werden fragen, „welche individuellen Probleme und Fragestellungen überhaupt kollektive, resp. staatliche Lösungen brauchen“ (Siegmar Mosdorf, ebd. S.149). Die „Vision“ ist ein „neues Mischungsverhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“. Keinen Nachwächterstaat, aber „weniger Staat als heute“ (Siegmar Mosdorf, ebd.) wollen die führenden Sozialdemokraten damals. Sicherheit im Wandel verlangt Wandel durch Modernisierung. Also: Sicherheit *durch* Wandel, mit einem Akzent auf der individuellen Initiative und Verantwortung, der sog. Eigenverantwortung.

Dabei unterstützt Peter Glotz andererseits den Gedanken, dass „Gruppenproduktivität“ bessere Ergebnisse hervorbringt als „Einzelproduktivität“ und warnt vor einer Ökonomisierung der Bildung. (ebd. 237f.). „Die Unterbewertung der ethischen Wurzeln wirtschaftlichen Geschehens führt zu kruden Fehlinterpretationen unserer Erfolge oder Misserfolge.“ (ebd. 237) Zudem: Bildung in der Digitalisierung „meint... handeln können für ein gelingendes Leben der Menschen untereinander, nicht nur als technische Verfügungsgewalt.“ (Peter Glotz, ebd. S. 247) Und Sozialpolitikern wie Gewerkschaftern ist bewusst: Unbändige Marktradikalität schafft radikale Unsicherheit (Harald Schartau, ebd. S 168), für die Altersvorsorge darf nicht nur die „Demographie“ herangezogen werden (Gerhard Bosch, ebd. S. 216f.). Klar ist auch für Matthias Machnig, dass weder Konjunktursteuerung, noch Neoliberalismus als wirtschaftspolitische Instrumente in der Globalisierung ausreichen. Und dass Modernisierung, sozialer Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Sicherheit im Wandel untrennbar zusammengehören. (ebd. S. 258), die drei letzten Werte also nicht automatisch aus der Modernisierung folgen, sondern sie im Gegenteil prägen müssen. Der probateste Weg dahin ist schon damals die Teilhabe der Bürger\*innen an der Transformation, die aber in der Folge nicht ins politische Zentrum gestellt wurde. Sie muss, das lernen wir heute, in Zukunft durchdacht erweitert und zielstrebig verwirklicht werden. Nach 20 Jahren sehen wir heute: Die sozial gerechte Modernisierung wurde deutlich verfehlt. Die Ungleichheiten sind größer geworden. Die Corona-Krise hat dem einen kräftigen zusätzlichen Schub verliehen.

Auch deswegen müssen wir die neuen Corona-Erfahrungen einbeziehen, sowohl für die allgemeine Ausrichtung der SPD als auch für die einzelnen Antworten im Wahlprogramm.

## **I. EINLEITUNG: SICHERHEIT IM WANDEL BRAUCHT VERTRAUEN**

Historisch und interkulturell können wir die Bedürfnisse nach Freiheit und nach Sicherheit als „anthropologische Konstanten“ beobachten. Ihre jeweiligen Intensitäten oder Prioritäten hängen u.a. von psychischen Dispositionen der Individuen oder sozialen Gruppen, vom politischen System bzw. der politischen Verfassung im weitesten Sinne (von einer Rechtstaatverfassung bis zum Bürgerkrieg), von sozialen und wirtschaftlichen Lagen, von besonderen kulturellen oder historischen Erfahrungen und von aktuellen Konstellationen ab.

Hier gibt es auch einen prinzipiellen Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und den Konservativen. Die Wähler\*innen und Unterstützer\*innen der Sozialdemokratie wollten historisch nicht in erster Linie ihre Besitzstände erhalten - die sie nicht hatten -, sondern die Welt so verbessern, also verändern, dass alle Menschen ihr Leben sinnvoll in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leben können. Insofern hatte die Sozialdemokratie prinzipiell immer ein positives Verhältnis zum Wandel. Der Wandel ist wichtig um der Ziele willen, die mit ihm erreicht werden sollen, nicht um seiner selbst willen.

Im Laufe ihrer Geschichte hat die Sozialdemokratie sich aus vielen Gründen und nach erheblichen innerparteilichen Konflikten für einen reformistischen Wandel entschieden, nicht für einen revolutionären. Dazu trug neben der Absage an Gewalt und der prinzipiellen Zustimmung zur Demokratie als politischem System auch bei, dass ihre Mitglieder, Anhänger und Unterstützer\*innen insbesondere seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu sozialen Gewinnern in der Gesellschaft wurden. Damit ergab sich auch für sie die Frage nach dem Erhalt ihrer „Besitzstände“.

In den letzten drei Jahrzehnten der rasanten technologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Globalisierung hat nun der „Wandel“ eine Dimension erreicht, die psychologisch-anthropologische Fragen aufwirft. Menschen sind zu ihrer Orientierung und Sicherheit vor allem in ihrer frühen Kindheit auf vertraute Menschen und Orte angewiesen. Wieviel Wandel vertragen Menschen, ohne sich verloren oder ohnmächtig zu fühlen? Wie müssen sie materiell und geistig/psychisch ausgestattet sein, damit sie den Wandel als Chance für politische Gestaltung, nicht vorwiegend oder gar nur als Bedrohung wahrnehmen können?

Grundlegend gehört dazu, dass Menschen sich stark und sicher genug dafür fühlen und ein Grundvertrauen in sich selbst, ihre Mitbürger\*innen und die prinzipielle Möglichkeit einer positiven Zukunft hegen. Auf ein solches Grundvertrauen ist sozialdemokratische Politik angewiesen.

Mehr: Ohne Vertrauen kann es keine Sicherheit geben. Die Alltagsintuition vermittelt uns, dass Menschen sich erst sicher fühlen, wenn sie alles erkennen, wissen und kontrollieren können. Das ist aber im menschlichen, erst recht im politischen Leben nie der Fall. Im Gegenteil: Das Leben erfordert überwiegend Entscheidungen unter der Bedingung von Unsicherheit. Erst recht gilt das für die Politik. Es gibt in dieser Welt keine perfekte Sicherheit. Wer danach sucht, darauf bauen und sie unbedingt erreichen will, wird immer enttäuscht werden und sich deshalb immer unsicher fühlen.

Allerdings besteht ein Unterschied zwischen einem Leben im Bombenhagel, in ständiger Willkür oder ohne eine Aussicht darauf, Nahrung, Kleidung und Unterkunft zu finden; und einem solchen, wo Grundbedürfnisse verlässlich befriedigt werden können. Trotzdem bleiben wir im Leben immer von Unsicherheiten begleitet. Wichtige Zeitdiagnostiker bezeichnen grundlegende Risiken als Zeichen unserer gegenwärtigen Welt. Zentral ist die Aufgabe von uns allen und von Politiker\*innen, das menschenmögliche Maß an Sicherheit zu bestimmen und zu erreichen, ohne unsere Freiheit aufzugeben. Dazu ist die Einsicht unverzichtbar, dass man weder innere noch äußere Sicherheit erzwingen kann. Die Corona-Krise hat uns die grundlegende Bedeutung von Sicherheit erneut zu Bewusstsein gebracht, gerade als politische Herausforderung. Zugleich zeigt sie, wie Verunsicherung Misstrauen (bis zu Verschwörungstheorien) fördert und die Anforderungen an eine gelingende politische Kommunikation steigert. In diesem Zusammenhang hat die Wissenschaft eine neue Autorität gewonnen. Schon für die Klimarettung versprechen sich viele von ihr, dass sie, anders als die Politik, einen sicheren Weg zeigt, wie wir verfahren sollten. Hier drohen Missverständnisse und herbe Enttäuschungen.

Denn Wissenschaft kann nirgends sichere Aussagen treffen. Sie kann vorläufige, methodisch möglichst gut abgesicherte Annahmen formulieren. Sie kann oft Irrwege deutlich zeigen. Aber sie urteilt – trotz des Singulars „die“ Wissenschaft – nie einheitlich und infolgedessen auch nie eindeutig und sicher. Auseinandersetzungen und Infragestellungen sind ihr Lebenselixier. Schon gar nicht kann sie die politische Auseinandersetzung um unvermeidbare Prioritäten in den praktischen politischen Entscheidungen ersetzen, wie zuweilen naiv gefordert wird.

Für eine gewünschte und manchmal ersehnte absolute Sicherheit gibt es deshalb auch in der Wissenschaft keine Grundlage und keine Hoffnung. Keiner kann alles wissen, keiner darf in der Demokratie, die aufgeklärte Bürger\*innen braucht, einem oder einer Politiker\*in einfach die politische Entscheidung überlassen. Wir bleiben auch in der

repräsentativen Demokratie immer in unserer Bürgerverantwortung. Private wie politische Entscheidungen bewahren ein Restrisiko und bleiben ein Wagnis.

Um dabei dann doch persönliche Sicherheit zu bewahren, brauchen wir Vertrauen – in die eigene Vernunft, die eigene psychische Stabilität und Fähigkeit zur Selbstkorrektur, in die Vernunftbereitschaft und freiwillige Verlässlichkeit unserer Partner\*innen und zureichend vieler Mitmenschen, auf deren Kooperation wir bauen können, schließlich ganz allgemein darauf, dass diese Welt nicht dem Verderben geweiht ist. So verweist die Frage nach Sicherheit in philosophische und theologische Dimensionen, bis zur Einsicht in das Paradox, dass sich unsere größte Sicherheit in der Freiheit der anderen, d.h. in ihrer freiwilligen Verlässlichkeit und Verantwortungsbereitschaft findet. Dieser Gedanke lag auch der „gemeinsamen Sicherheit“ in der Friedenspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr zugrunde. In ihm gründet im Übrigen Solidarität: Wir sind im menschenmöglichen Maße sicher, wenn wir aus freien Stücken zu einander stehen und für einander einstehen. Die größte Sicherheit liegt deshalb in der eigenen Vertrauenswürdigkeit und in derjenigen der anderen.

## **II. FOLGERUNGEN AUS DEN ERFAHRUNGEN MIT DER CORONA-KRISE FÜR DIE ANTWORTEN AUF DIE FRAGE NACH „SICHERHEIT IM WANDEL“**

Die Corona-Pandemie hat die Welt auf einschneidende Art verändert. Offensichtlich ist, dass es in der „Zeit nach Corona“ neue Themenkonjunktoren auf der öffentlichen Agenda geben wird. Deshalb stellt sich die Frage, inwieweit vor allem positive Haltungen aus der Krise für die neuen und vielleicht sogar dauerhaften Verschiebungen und Herausforderungen weiter wirken können. Es gibt Veränderungen in der Lebenswirklichkeit und in der gesellschaftlichen Wahrnehmung, die zum Teil direkt durch Corona induziert werden, zum Teil aber auch schon einen längeren Vorlauf haben und durch die aktuelle Pandemie nur katalysiert oder einfach offengelegt werden. Diese Veränderungen zu erkennen und politisch zu adressieren soll und muss auch Teil der politischen Agenda des kommenden Bundestagswahlkampfes sein.

### **1. Erfahrungen in der Krise und Anstöße für die Zukunft**

#### **a. Lebenswelt**

Der Lockdown hat mit der radikalen Unterbrechung der sozialen Kontakte und der täglichen privaten wie beruflichen und öffentlichen Gewohnheiten allen Menschen radikal vor Augen geführt, dass nichts in unserem Leben selbstverständlich ist, „von

allein“ geschieht oder einfach weitergeht. Wir konnten und müssen lernen, dass wir in einem viel weiteren Maße verantwortlich sind für ein gelungenes Zusammenleben als uns vorher in der Regel klar war, als alles noch „selbstverständlich“ lief.

Grundlegend haben wir sinnlich erfahren: Allein werden wir nicht glücklich (Rühmkorf: „Allein ist nicht genug“). Wir brauchen auf die Dauer auch die physische Nähe anderer Menschen. Die Unterbrechung der direkten zwischenmenschlichen Kontakte konnte nur zu einem Teil durch einen Aufschwung an digitaler Kommunikation ausgeglichen werden.

Deshalb sollten wir uns ins Gedächtnis rufen, dass ein ähnlicher Mangel an menschlicher Kommunikation schon vor Corona einen erheblichen Teil unserer Gesellschaft (Alte, Kranke, Singles aller Art) betroffen hat. Die Verbreiterung dieser einschneidenden Erfahrung in der Corona-Krise kann den Boden dafür bereiten – sicher ist das nicht! –, dass Staat und Zivilgesellschaft sich in Zukunft mehr um das Problem des Alleinseins kümmern müssen, wenn es menschlicher in unserer Gesellschaft zugehen soll.

Umgekehrt stellt es vielfach eine harte Herausforderung dar, immer in unmittelbarer und unvermeidbarer Nähe auf begrenztem Raum mit unseren Angehörigen, Freunden oder einfach Nachbarn zu leben (vgl. hier insbesondere das Problem der „häuslichen Gewalt“). Menschen brauchen auch die Möglichkeit, sich zurückziehen und distanzieren zu können. Auch hier liegen politische Folgerungen nahe: Vor allem die Notwendigkeit einer verlässlichen Unabhängigkeit aller Menschen und eines angemessenen und humanen Wohnraums für die Bürgerinnen und Bürger.

Grundsätzlich haben die Veränderungen und Einschränkungen durch die Corona-Pandemie gerade in den sehr persönlichen Lebensbereichen der Familie große Anstrengungen erfordert und zu neuen positiven wie negativen Grenzerfahrungen geführt. Das hat sich bei der Organisation und Sicherstellung der Betreuung von Kindern und der Unterstützung oder dem Ersatz für schulische Bildung genauso gezeigt wie auch beim zusätzlichen Einsatz bei der häuslichen Pflege und der Betreuung und Begleitung von Erkrankten. Hier haben Frauen wie Männer, Ehepartner wie Menschen in einer Lebensgemeinschaft Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz neu verarbeiten und umsetzen müssen. Vielfach ist dieses sehr gut gelungen. Viele haben hierbei in dem intensiven Zusammenleben mit der Familie auch neue Qualitäten des Zusammenseins und der Verantwortung füreinander entwickeln und positiv erfahren können. Auf der anderen Seite sind vielfach zusätzliche Stresssituationen, Überforderungen und aufbrechende, auch anhaltende persönliche und familiäre Krisen zu verzeichnen. Vor allem viele Frauen, zumal in der Lebenssituation als Alleinerziehende, erbringen in diesen Corona-Zeiten besondere Leistungen und mussten dabei feststellen, dass diese Belastungssituation erst mit einer gewissen



Verzögerung in den Fokus der öffentlichen Debatte und politischen Unterstützung gelangt ist.

Eine Zurücksetzung der familiären Lebenswelt gegenüber der Arbeitswelt oder anderen Teilsystemen würde aber nicht nur die Bedeutung dieser Lebensumstände für die große Zahl der Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern ignorieren, sondern auch die Fortschritte wieder gefährden, die in den letzten Jahrzehnten des Kampfes um Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen erreicht worden sind. Eine Restauration alter Rollenbilder, ein Rückfall in einseitige Belastungen von Frauen, eine Missachtung der besonderen Familiensituation von Alleinerziehenden und eine Vernachlässigung der grundlegenden Kinderrechte bis hin zum Recht auf Bildung darf es nicht geben, auch wenn die Verführung in Krisenzeiten hierfür leider groß ist. Es ist eben nicht selbstverständlich, gerade in Krisensituation statt einer falsch verstandenen Subsidiarität, die die Menschen in ihrer Lebenswelt mit sich und ihren unterschiedlichen Möglichkeiten der Resilienz allein lässt, sie in einer gemeinsamen öffentlichen Verantwortung zu stärken und hieraus eine positive Erfahrung von Aufmerksamkeit, Achtsamkeit, Zusammenhalt und Solidarität entstehen zu lassen.

Dass unser tägliches Leben, wenn wir es gut gestalten wollen, von vielen nicht selbstverständlichen Voraussetzungen abhängt, wurde auch auf weiteren Feldern rabiatisch deutlich: Die Reaktionen der Regierung auf die Pandemie folgten einer Reihe von Erwägungen und Kriterien, die nicht immer klar ersichtlich sind. Dabei stand die Bedingung, dass es genug Intensivbetten, medizinische Geräte, Schutzkleidungen etc. geben muss, von vornherein im Vordergrund und hielt sich als roter Faden durch. Das ist keine medizinische Bedingung, die von der besonderen Beschaffenheit des Corona-Virus abhängt, sondern eine soziale und gesundheitspolitische. Eine politische Folgerung war und ist die zufriedenstellende Versorgung mit öffentlichen Gütern. Denn primär privatwirtschaftliche Lösungen für einzelne Versorgungsbereiche schaffen keinen hinreichenden Schutz und keine zureichende Unterstützung in der Not. Vorsorge muss sich an den notwendigen Bedarfen orientieren, und die lassen sich nicht durch Rendite- und unmittelbare Nutzungskriterien definieren.

Zugleich wurde deutlich, dass die Infrastruktur dieser öffentlichen Güter und die Menschen, die uns damit versorgen – die Pflegekräfte, die Busfahrer\*innen, die Dienstleister\*innen aller Art – genauso „systemrelevant“ sind wie etwa Banken und insgesamt der Wirtschaftssektor. Die Bewunderung für die Hilfs- und Opferbereitschaft, auch für den Mut von Pflegekräften, nicht nur von Ärzt\*innen, haben zu neuen Wertschätzungen geführt und die bisherigen Anerkennungshierarchien in der beruflichen Welt infrage gestellt. Daraus muss nicht nur in Sachen Anerkennung, sondern auch in Bezug auf Bezahlung sozialdemokratische Politik strukturelle Folgerungen ziehen (andere Bewertungsindikatoren, mehr Geld,

Tarifverträge etc.). Zu debattieren ist darüber hinaus das traditionelle Ziel des sozialen Aufstiegs („Aufstieg durch Bildung“), das in der Sozialdemokratie tief verankert ist. Denn es bleibt grundsätzlich im Schema traditioneller sozialer Prestige-Hierarchie, in der es eben Aufstieg und Abstieg gibt. Einer Gesellschaft von Freien und Gleichen, die solidarisch miteinander leben, steht dieses Verständnis letztlich entgegen.

Mit dem plötzlichen Bruch in der gewohnten Arbeits- und Lebenswelt – und das in Friedenszeiten – und der Schwierigkeit, sich darauf einzustellen, trat eine politisch-soziale und ökonomische Zielsetzung immer mehr ins Bewusstsein, die schon seit einiger Zeit mit dem Begriff „Resilienz“ öffentlich diskutiert wird. Sie bekam nun eine neue intensive Dringlichkeit und existenzielle Bedeutung, die das Leben breiter Teile der Gesellschaft beeinflusst: Die vielfältigen Voraussetzungen, auch die Infrastruktur unseres Zusammenlebens: Verkehr, Mobilität insgesamt, Bildung, Kultur, Restaurants, Sport können bei einer Pandemie oder einem anderen unvorhergesehenen Ereignis plötzlich weitgehend zusammenbrechen. Dies macht die Gesellschaften vor allem dann hilflos, wenn sie nur nach dem ökonomischen Prinzip organisiert sind, mit den geringsten Mitteln das meiste zu erreichen, Wirtschaftsprozesse auf „Kante zu nähen“, kontrolliert durchzurechnen, ohne Spielräume für unvorhergesehene Ereignisse vorzuhalten, die sich rein betriebswirtschaftlich nicht rechnen.

Damit kommen wir zu sozialen, wirtschaftlichen und politischen Erfahrungen und Schlussfolgerungen im engeren Sinne.

## **b. Arbeitswelt**

Millionen von Wissensarbeitern haben seit Mitte März 2020 aus dem Home Office gearbeitet. Dienste wie Skype, Zoom, Microsoft Teams und andere digitale Kollaborationstools wurden quasi über Nacht zum bevorzugten Arbeitsmittel der Wissensarbeiter. Corona hat damit der Digitalisierung der Büroarbeit zum Durchbruch verholfen und zu einem Quantensprung in der digital literacy der deutschen Arbeitnehmer\*innen geführt. Dass sich die Entwicklung „nach Corona“ zurückdrehen und in die alte Präsenzkultur überführen lässt, erscheint unwahrscheinlich. Nicht nur werden vor allem junge Eltern noch auf viele Monate hinaus massive Betreuungsprobleme haben: Viele Beschäftigte haben in der Krise bemerkt, dass es sich von zu Hause aus in mancherlei Hinsicht einfacher und auch produktiver arbeiten lässt.

Die Wochen und Monate des Home Office hatten und haben freilich auch ihre Kehrseite: soziale Isolation und Wegfall des stabilisierenden Kolleg\*innen-Kontakts, die für viele Beschäftigte eine schwerwiegende psychische Belastung bedeuteten. Es wurde deutlich, dass die Erwerbsarbeit ihre Funktion als zentrales Element gesellschaftlicher Integration auch heute nicht eingebüßt hat. Die schwere

konjunkturelle Krise stellt jedoch nicht nur die ökonomische Grundlage und soziale Integration vieler Beschäftigter in Frage, sondern stürzt insbesondere jüngere Beschäftigte häufig zusätzlich in eine persönliche Sinnkrise. Diese Generation von Arbeitnehmer\*innen stellt an ihre Arbeit neue Ansprüche, möchte in ihr Selbstverwirklichung und subjektiven Sinn erfahren. Auch die Unternehmen fordern die sogenannte subjektivierte Arbeit ein und erwarten von den Beschäftigten, sich als ‚ganze Person‘ mit ihren individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen in ihre Arbeit einzubringen, in Teams zu arbeiten und die Arbeit in den neu eingeräumten Freiräumen – indirekt durch das Management gesteuert – selbst zu organisieren. Eine enge Verzahnung zwischen individueller Sinnstiftung, Sozialkontakten und der Erwerbsarbeit ist entsprechend sowohl von den Beschäftigten, als auch den Unternehmen gewünscht.

Dies hat jedoch zur Folge, dass der Verlust des Arbeitsplatzes für die betroffenen Beschäftigten nicht nur den Verlust der finanziellen Einkommensquelle, sondern auch der Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und Sinnstiftung bedeutet. Diese zusätzliche Krisendimension darf von der Sozialdemokratie nicht außer Acht gelassen werden, da sie die Beschäftigten in eine besonders prekäre Situation bringt. Ein möglicher Ansatzpunkt zur Stärkung der Position der betroffenen Beschäftigten wäre eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und eine Ausweitung des Betriebsverfassungsgesetzes unter Einbeziehung der neuen Anforderungen an Arbeit und insbesondere hinsichtlich der psychischen Belastungen von Beschäftigten. Sozialdemokratische Politik sollte deshalb die Vor- und Nachteile von digitalem Home-Office gemeinsam mit den Betroffenen in Zukunft noch genauer untersuchen und erproben.

Wenig diskutiert worden ist bislang über Gerechtigkeit zwischen den Wissensarbeitern, die in vielen Fällen voll bezahlt von zu Hause gearbeitet haben, und Produktionsarbeitern, die mangels Maschinen- und Anlagenverfügbarkeit in Kurzarbeit mit entsprechenden Abschlägen gegangen sind. Hier sollte in der weiteren Diskussion um die Kurzarbeit verstärkt auf Gerechtigkeit geachtet werden – bis hin zu einem öffentlich garantierten 100-Prozent-Lohnniveau in der Kurzarbeit.

### **c. Unsere Welt ist volatil, unsicher, komplex und ambivalent.**

Die Schockwellen der Corona-Krise laufen in atemberaubender Geschwindigkeit durch alle Systeme. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind verheerend. Selbst die optimistischsten Prognosen sehen den tiefsten Einbruch der Wirtschaftsleistung seit dem Zweiten Weltkrieg. Ob eine schnelle Erholung tatsächlich möglich ist, ist alles andere als gesichert.

Alleine in Europa haben Staaten und Zentralbanken mehr als vier Billionen Euro für den Erhalt wirtschaftlicher Substanz ausgegeben. Gelingt es nicht die Staatsfinanzen, vor allem im Süden Europas, zu konsolidieren, droht eine neue Eurokrise. Heute bereits erleben wir die ersten Scharmützel des Verteilungskonfliktes um die Kosten der Krise. Für uns Sozialdemokrat\*innen ist klar: Die Kosten der Krise wie 2008 zu sozialisieren, ist entgegen der Forderungen der ordoliberalen Gralshüter keine Option. Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass weitere Sparpakete im Süden Europas mit demokratischen Mitteln durchsetzbar wären. Eine weitere Dekade Austerität könnte das Ende der liberalen Demokratie in einigen Gründerstaaten Europas bedeuten, und würde die Europäische Union auseinanderreißen. Im eisernen Käfig der Austerität können auch nicht die dringend notwendigen Investitionen zur Bekämpfung des Klimawandels getätigt werden. Angesichts der aggregierten Nachfrageschwäche des Privatsektors wäre ohne einen langfristig investierenden und konsumierenden Fiskus auch die Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad nicht möglich. Das bedeutet, wir müssen grundsätzlich über die Rolle des Staates in der Wirtschaft sprechen. Eine neue Finanzpolitik, wie wir sie in der Krise erleben, könnte der Anfang sein.

In unserer Einschätzung werden im Gefolge der immer stärkeren globalen Vernetzung und Interdependenz unerwartete Einflüsse in immer kürzeren Zyklen wiederkehren. Sie werden nicht Teil der planbaren Erwartungen und Strategien sein, sondern alles Bekannte und als sicher Betrachtete unterbrechen, abbrechen (disruptieren) oder außer Kraft setzen.

In der Krise ist uns allen (wieder) bewusst geworden, wie volatil und leicht veränderlich, unsicher, komplex und ambivalent unsere Welt ist. Das erfordert auch in der Wirtschaft, nicht nur in der Gesellschaft und im Staat ein neues Denken, das sich mit dem Begriff der *Fähigkeit zur Resilienz* beschreiben lässt. Nicht mehr starres, immer noch der Kybernetik, der alten Rückkoppelungs-idee verhaftetes Planungsdenken im Sinne linearer Logik kann unreflektiert über Strategien und vorrätig gehaltene Ressourcen entscheiden. Vielmehr braucht es eine Denkhaltung, die immer einen Plan B oder gar C vorsieht und diesen dann auch materiell unterlegen kann. Vielleicht muss sogar von einer alles umfassenden Plan- oder Kontrollierbarkeit selbst in der Wirtschaft Abschied genommen werden. Das hat gravierende Konsequenzen.

Auch in der Bildung geht es dann nämlich darum, eine neue Bescheidenheit zu lernen – was frühere Philosophien mit dem Begriff der Weisheit belegten – und jenseits durchaus berechtigter Kontrollziele die Fähigkeit zur Offenheit, zur Improvisation und zur Fantasie zu kultivieren ebenso wie zur spontanen unvoreingenommen Kommunikation. Wir müssen eingefahrene Gleise verlassen können.

Dies betrifft auch konkrete Fragen wie die Ausgestaltung der Lieferketten in der Wirtschaft und die Ausrichtung der Geschäftsmodelle, aber auch die öffentliche Daseins-Vorsorge, z.B. wenn es um die Bereithaltung medizinischer Ressourcen geht.

Das neue Denken, das wir brauchen, würde also versuchen, die Gefährdungen der Moderne umfassender als bisher in den Blick zu nehmen – wohl wissend, dass diese Gefährdungen eben nicht umfassend analysier- und taxierbar sind – und darauf Antwortstrategien zu entwickeln. Sie sollten so viele Denkreisourcen und auch materielle Unterlegungen enthalten, dass man bei neu auftauchenden „schwarzen Schwänen“ (Nassim Nicholas Taleb) dennoch handlungsfähig bleibt. *Unsere Gesellschaft hierfür aus- und aufzurüsten soll eine neue Linie sozialdemokratischer Politik begründen.*

So kann die Sozialdemokratie aus der allgemeinen Haltung, aus der Krise eine Chance zu machen, erheblichen Gewinn ziehen. Denn Erfahrungen des Scheiterns bieten Anknüpfungspunkte für Neues, insbesondere wenn es uns breitenwirksam gelingt, in Alternativen zu denken und dafür die nötige Fantasie zu entwickeln. Für unsere Zukunft wird dies vermutlich wichtiger werden als sich z. B. im Bildungssystem allein auf schnelles stringentes Denken zu konzentrieren, anstatt ebenso intensiv künstlerische Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen anzuerkennen und zu fördern.

## **2. Aus der Krise eine Chance machen**

### **a. Corona bietet neue Perspektiven für sozialdemokratische Politik**

Wie kann die Gesellschaft aus den Erfahrungen der Krise gestärkt hervorgehen?

Die Corona-Pandemie hat die Gesellschaften überall auf der Welt in Krisen mit offenem Ausgang gestürzt. Was sind die Phänomene, die im positiven Sinne den Prozess prägen und nach dem Lockdown neue Chancen bieten, z.B. für den sozialen Zusammenhalt?

Wir haben beobachtet, dass die Gesellschaften sich entschleunigen, dass die Menschen flächendeckend mehr Rücksicht genommen haben auf ihre Mitmenschen und sich auf einen reduzierten Ressourcenverbrauch einstellen – weniger fliegen, allgemein weniger reisen. Damit sind auch neue Perspektiven des gesellschaftlichen Umgangs miteinander eröffnet. Zwar sind die neuen Erfahrungen primär das Ergebnis staatlicher Ge- und Verbotspolitik. Aber diese Ge- und Verbote wurden zumindest temporär aus Einsicht in die Notwendigkeit akzeptiert und deren Normen und Vorgaben werden bisher mehrheitlich praktiziert. Damit haben immerhin viele gemerkt: Es geht auch anders. Das kann sozialdemokratische Politik für die seit mehreren Jahren

stattfindenden Transformationsprozesse in Gesellschaft und Wirtschaft fruchtbar machen, wenn daraus fantasievolle praktische Schlüsse gezogen werden. In diesem Sinne geht es darum, ob und wie die Krisenerfahrungen als Chance begriffen und genutzt werden, um die Gesellschaft sozial gerechter und nachhaltiger zu gestalten.

Die Krise gebiert z.B. offensichtlich Krisengewinner und Krisenverlierer. So wie es Branchen gibt, die besonders hart getroffen sind, etwa die Gastronomie und der Tourismus, so gibt es auch die Gewinner aus der IT und Digitalisierungswelt. Da die Wirkungen der Corona-Krise die einzelnen Gruppen und Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft sehr ungleich treffen, erwarten Wissenschaftler mehrheitlich, dass die Krise, wenn man ihr einfach ihren Lauf lässt, das Maß an gesellschaftlicher Ungleichheit deutlich erhöhen wird.

Doch das ist kein unabwendbares Schicksal; denkbar und für Sozialdemokraten wünschenswert wäre, dass diese absehbare Herausforderung die gesellschaftlichen Kräfte besonders stimuliert und zu ambitionierteren Aktivitäten treibt. Denn die gängige implizite oder explizite Interpretation in der modernen Leistungsgesellschaft, dass Ungleichheit das Ergebnis von Faulheit statt Fleiß, von Trägheit versus Initiative und Klugheit und von Starrheit versus Flexibilität ist, überzeugt jetzt nicht mehr. Vielmehr ist der befürchtete Anstieg sozialer Ungleichheit durch die Corona-Krise das Ergebnis einer zwar gesamtgesellschaftlichen Konstellation, die jedoch unterschiedliche Wirkungen erzeugt. Außerordentliche Anstrengungen einer Politik des Ausgleichs sind deshalb nicht nur gefordert. Sie haben vermutlich auch mehr Chancen. Zentral ist dafür die Zukunft der Solidarität. Wer bringt sie voran? Staatliche Versorgung oder zivilgesellschaftliche Initiativen? Oder beides?

## **b. Gesellschaftliche Solidarität und sichere öffentliche Güter**

Bislang ist es vor allem der Staat, der Unsicherheiten abbaut, der damit die maßgebliche Instanz der organisierten Solidarität und des Schutzes ist. Wenn die Krise kurz oder zumindest überschaubar bleibt, und die staatlichen Instrumente im Sinne der Gesellschaft wirken, kann dies funktionieren. Auf jeden Fall erleben wir nach 30 Jahren einer kulturellen Vorherrschaft von Privat vor Staat und von Wettbewerb statt Kooperation eine eklatante Rehabilitierung von Kooperation und Staat, an den sich auch große Konzerne wie Lufthansa wenden, weil sie sonst die Krise nicht überstehen. Von privaten Rettungsaktionen in diesem Ausmaß ist keine Rede.

Aber diese Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft und die Versorgung durch den Staat müssen Grenzen haben, um die Freiheits- und Initiativrechte der Gesellschaft nicht zu beschneiden oder verkümmern zu lassen. Sie verführen auch einige Bürger, wie wir sehen, dazu, unbürokratische finanzielle Hilfen betrügerisch auszunutzen.

Sozialdemokratische Politik baut neben dem Staat immer auch auf die Freiheit, sprich: politische Tätigkeit und Verantwortungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger. Auch das fördert Resilienz.

Im gesellschaftlichen Corona-Alltag sind auch viele kleine Formen der Unterstützung entstanden. Bürger\*innen stehen sich gegenseitig bei. Neue Kulturen der Rücksichtnahme und des Kümmerns sind entstanden. Doch was aus diesen punktuellen Aktivitäten wird, um die Gesellschaft im „Normalbetrieb“ zu bereichern, ist noch offen. Wenn eine neue Politik des sozialen Zusammenhalts sich aus diesen Erfahrungen ergeben soll, dann braucht es die Einsicht, dass in der freiheitlichen Ordnung die Zivilgesellschaft mehr als bisher die Möglichkeit erhalten sollte, sich selbst zu organisieren und zu bestimmen, ohne die staatliche Solidargemeinschaft zu ersetzen. Eine zu stark auf den Staat konzentrierte Gesellschaft kann ihre eigene Selbstmächtigkeit vergessen und sich damit ihrer Fähigkeit berauben, auf Krisen kreativ zu antworten und Richtung wie Inhalt von Krisenlösungen und Wandel mitzubestimmen.

Wie kann man erreichen, dass die positiven Corona-Erfahrungen von sozialem Zusammenhalt, von Solidarität und Selbstmächtigkeit sichtbar werden und bleiben? Was sind die Herausforderungen, auf die sich die Gesellschaft vorbereiten sollte, um eine Gesellschaft für alle sein zu können? Wie kann man verhindern, dass es zu einer weiteren „Durchstaatlichung“ der Gesellschaft qua neuer (Schutz-)Digitalisierung kommt? Im Kern könnte die Chance der Corona-Krise darin bestehen, dass die Gesellschaft die Richtung wieder stärker mitbestimmt, nach der sich Wirtschaft und Staat verändern, um den Weg in eine nachhaltigere Zukunft zu finden.

### **c. Solidarität durch mehr Teilhabe der Zivilgesellschaft**

Sozialdemokratische Politik sollte die Corona-Erfahrungen zusätzlich dadurch fruchtbar machen, dass sie verantwortete Selbstbestimmung und politische Teilhabe fördert und dafür die Voraussetzungen in der Infrastruktur und in der Finanzierung schafft, damit die Bürger\*innen eigenständige gesellschaftliche Ziele und Sinnstrukturen entfalten können. Das gilt besonders auf der Ebene der Kommunen, wo Bürger\*innen am leichtesten in Übereinstimmung mit der repräsentativen Demokratie teilhaben können. Zunehmend stehen dabei Gemeinden vor dem Problem, Gelder nicht beantragen und/oder ausgeben zu können, weil ihnen dafür die Infrastruktur und das kompetente Personal fehlen. Sozialdemokratische Politik muss dafür sorgen, diesen Mangel zu überwinden und politische Teilhabe gerade in den Kommunen realistisch zu ermöglichen.

Das ist zugleich eine zentrale Bedingung dafür, dass das Wieder-Hochfahren der Wirtschaft die Chance zu einer sozial-ökologischen Transformation nutzt und nicht der Versuchung erliegt, nur mit dem Gewohnten schnell wieder Gewinne und Erfolge zu erzielen. Viele Unternehmen haben in der Krise enorm an Liquidität verloren und Rücklagen aufgebraucht. Zudem sehen sie einer unklaren Marktlage entgegen. Es könnte also naheliegen, in dieser Situation auf Experimente und Innovationen zu verzichten und nach der alten „more of the same“-Logik an vergangene Erfolge anzuknüpfen. Das hieße mit anderen Worten: Verzicht auf die weitere Ausgestaltung der sozial-ökologischen Transformation, wie sie z.B. die Automobilindustrie mit der E-Mobilität begonnen hat.

Aus unserer Sicht wäre dieser Kurs genau der falsche. Nicht nur, weil das Thema Klima über kurz oder lang wieder prominent auf der Agenda stehen wird, sondern auch, weil der gegenwärtige Krisenmoment eben genau das Momentum erzeugt, um danach in den Geschäftsmodellen neu aufzusetzen.

Das gilt für die großen Unternehmen, bei denen die betriebliche und die unternehmerische Mitbestimmung durch die Gewerkschaften zugunsten nachhaltiger Geschäftsmodelle und sicherer Arbeitsplätze auch in der Zukunft ihren Teil zur ökologischen Transformation beitragen sollten.

Das gilt aber auch für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die nicht nur in Deutschland die Stärke der Wirtschaft durch Innovationen, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzsicherung ausmachen. Hier kann vor allem auf der kommunalen Ebene verstärkte Bürgerteilhabe mit unternehmerischer Initiative Synergien zugunsten von mehr Nachhaltigkeit schaffen. Die Nachhaltigkeitsziele 2030 betonen ihrerseits die Bedeutung von Städten und Kommunen für die Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung.

Kommunale Entwicklungsbeiräte, zu denen Bürgermeister\*innen neben den gewählten Repräsentant\*innen und Vertreter\*innen der Verwaltung auch Unternehmen und die organisierte Zivilgesellschaft einladen sollten, böten eine hervorragende Möglichkeit für eine erweiterte politische Teilhabe, die wirksam und zugleich mit der repräsentativen Demokratie vereinbar ist. So können in einer „antagonistischen Kooperation“ zwischen Politik, Unternehmen und organisierter Zivilgesellschaft zukunftssträchtige Nachhaltigkeitspfade aufgetan und Win-Win-Situationen geschaffen werden. Das böte auch vielen jungen Bürger\*innen eine willkommene Chance, sich wirksam politisch zu engagieren. Die Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise bietet hier eine einmalige Chance.

Dies wäre ein Beispiel für eine sozialdemokratische Politik, die die Krise in eine Chance verwandelt, den Bürger\*innen mehr Freiheit als politische Teilhabe ermöglicht und



Demokratie zusammen mit Nachhaltigkeit auch in der Wirtschaft weiterentwickelt. Eine aktive Zivilgesellschaft kann in Wechselwirkung auch staatliche Solidarität stärken, indem sie den Staat herausfordert und animiert, öffentliche Güter zu sichern und diese durch die Schaffung von dementsprechender Infrastruktur so zu positionieren, dass sie gerade auch durch erweiterte Bürger-Teilhabe den gerechten, sozialen Zusammenhalt in der vorsorgeorientierten Risikogesellschaft fördern.

#### **d. Von der nahen bis zur globalen Solidarität**

Die Corona-Pandemie hat unsere globale gegenseitige Abhängigkeit gezeigt. Die Exportnation Deutschland kann ohne die Importfähigkeit unserer europäischen Nachbarn und der globalen Partner nicht gedeihen. Der Rückzug allein auf den Nationalstaat – auch was öffentliche Güter und erweiterte politische Teilhabe angeht – ist im wahrsten Sinne des Wortes reaktionär. Denn er müsste geistige, politische, technische und kulturelle Entwicklungen – grundlegend: das Recht auf individuelle private wie politische Freiheit – rückgängig machen, was nur mit Gewalt gelingen könnte. Er würde einen neuen Nationalismus befördern, der leicht in Überheblichkeit und Ressentiment umschlägt und der Grundidee der Sozialdemokratie, der Solidarität entgegensteht.

Mit ihm wären Sozialdemokraten nicht auf der Höhe der Zeit, die Willy Brandt immer gefordert hat. Die Aufgabe der Grundwertekommission ist seit ihrer Gründung durch Willy Brandt, die neuen globalen Herausforderungen zu erkennen und im Lichte der Grundwerte praktisch nützliche Orientierungen für politische Antworten zu finden.

Globale Solidarität hebt europäische, nationale, regionale und kommunale Solidarität nicht auf. Im Gegenteil: In einer „Good Global Governance“ stärken sie sich gegenseitig. Dazu muss die bisher alles beherrschende Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten – die auch die internationalen Organisationen zu einem erheblichen Teil dominiert und deren innere Zusammenarbeit vielfach unterminiert – durch transnationale Vernetzungen und Kooperationen, z.B. zwischen Kommunen und Städten ausbalanciert werden. Auch hier ist überall die Bürgergesellschaft gefragt.

In der Corona-Krise hat die Bürgergesellschaft gezeigt, was sie kann und dass Solidarität nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. Das haben unsere Regierungen zuvor häufig unterschätzt. Unsere Gesellschaften haben – allen Versuchen von kriminellem Missbrauch zum Trotz – mehr Verantwortungssinn und Einsicht gezeigt, als viele erwartet haben. Dieses Verhalten sollte von den politischen Akteuren und Institutionen, also auch von der Sozialdemokratie nach Kräften unterstützt werden.

Richard Löwenthal, der unter dem Vorsitz von Erhard Eppler die Grundwertekommission der SPD in den achtziger Jahren des vergangenen

Jahrhunderts maßgeblich mitgeprägt hat, wurde nicht müde zu unterstreichen, dass Demokratien auf die Lernfähigkeit ihrer Bürger angewiesen sind, diese aber auch auf ausgezeichnete Weise ermöglichen. Diese Lernfähigkeit und die dahinterstehende Zukunftszuversicht sind ein historisches Markenzeichen der Sozialdemokratie.

Durch politische Teilhabe entsteht das in heutiger Zeit dringend gebrauchte neue Vertrauen der Bürger\*innen untereinander und in demokratische Politik. Teilhabe kann effektiver als nur soziale Unterstützungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine neue Solidarität für mehr Inklusion und Kreativität kräftigen, weil sich die Bürger\*innen dann wieder mit ihrem Gemeinwesen und untereinander identifizieren. Das immunisiert sie zugleich gegen die destruktiven Aktivitäten der politischen Rechten im Speziellen und des Populismus im Allgemeinen.

Die Mitbürger\*innen werden dann nicht mehr vorrangig – wie zur Zeit der manischen neoliberalen Wettbewerbskultur der letzten dreißig Jahre – als ängstigende Bedrohung, sondern eher oder zumindest ebenso als hilfsbereite Unterstützung wahrgenommen. Sie werden in einer freundlicheren menschlicheren Gesellschaft im besten sozialdemokratischen Sinne zu Genossinnen und Genossen.

### **3. Kommunikation in der Krise: Wie schafft man Vertrauen?**

Im Zuge der länger andauernden Einschränkungen unseres täglichen Lebens und unserer Grundrechte wegen Corona ist es zunehmend zu Protesten gekommen. Bei den Protestierenden finden sich sehr unterschiedliche Motive: Verteidigung von Grundrechten, Zweifel an der Sinnhaftigkeit konkreter Einschränkungsmaßnahmen, grundsätzliche Gegnerschaft, ja Feindschaft gegen unsere Demokratie und Glauben an Verschwörungstheorien kommen zusammen. Legitime Skepsis und illegitime misstrauische Feindschaft gegenüber den Entscheidungen der Politik gehen ineinander über. Das könnte zu einer gefährlichen antidemokratischen und explosiven Mischung führen. Deshalb ist es sehr wichtig, sich Klarheit darüber zu verschaffen, wie die politische Kommunikation in der Krise das Vertrauen in unsere Demokratie stärken kann, anstatt es zu unterminieren.

Dabei ist zunächst im Blick zu behalten, dass jede Kommunikation nicht nur von den Sendern, sondern auch von den Empfängern geprägt wird. Aber in der Krise tragen die Regierungen als Sender eine besondere Verantwortung, weil sie die Initiative ergreifen können.

#### **a. Bedeutung von gegenseitigem Vertrauen**

Wenn Kommunikation das Vertrauen der Bürger\*innen stärken soll, müssen kommunizierende Regierungsvertreter\*innen selbst Vertrauen in sie haben. Wer Bürger\*innen eher misstraut, „schwierige“ Informationen zu unterdrücken versucht oder sie vor Herausforderungen bewahren will, neigt zu Vertuschungen. Das schafft Misstrauen. Konservative trauen in der Regel von ihrem Menschenbild her Bürger\*innen weniger zu als Sozialdemokraten, wollen ihnen keine Konflikte zumuten, lassen gern vieles im Dunkeln. Sie verhindern oft aktiv die Thematisierung von schwierigen Fragen, die die eigene Machtposition gefährden könnte. Solche Konservative gibt es übrigens auch in der SPD.

Diese Grundhaltung hat vor allem Angela Merkel während ihrer ganzen Amtszeit ausgezeichnet. Das kann lange für den Machterhalt gut gehen, ist aber gefährlich, weil sich bei Gegnern ein Misstrauenspotential anstauen kann, das lange unentdeckt bleibt. Außerdem zeugt diese Haltung nicht nur von Misstrauen, sondern letztlich auch von Geringschätzung der Bürger\*innen.

Gegner von Merkels Politik haben das früh bemängelt, zunächst ohne große Wirkung, solange sie nur von „links“ kamen. Erst mit der „Alternative für Deutschland“ bekam sie Kritik von rechts.

Umgekehrt heißt dies, dass demokratische Kommunikation Vertrauen in die Bürger\*innen aufbringen muss, wenn sie gelingen soll. Von ihrem Menschenbild her haben Sozialdemokraten im Unterschied zu Konservativen solches Vertrauen. Das kann in der Kommunikation der Corona-Krise dann den Bürger\*innen auch Unsicherheit zumuten.

## **b. Kommunikation unter Unsicherheitsbedingungen und in der Krise**

Politik muss immer unter Bedingungen der Unsicherheit handeln. Sie muss sich das klarmachen und deshalb auch immer revisionsbereit sein. Solche Revisionen wagen demokratische Politiker\*innen in der Regel nicht, weil sie um ihre Autorität fürchten, wenn sie ihre Entscheidung ändern. Diese Gefahr besteht aber nicht, wenn Positionsänderungen jeweils begründet werden. So lautet die dritte Maxime des Gemeinsinns, die Immanuel Kant in seiner „Kritik der Urteilskraft“ formuliert: „Jederzeit mit sich einstimmig denken.“ Das bedeutet nicht, dass man ein Leben lang dieselben Positionen vertreten soll. Das ist für eine lebendige Person gar nicht möglich. Aber man muss Änderungen begründen.

Damit ist eine weitere zentrale Bedingung für Vertrauen stiftende Kommunikation benannt: Jede Entscheidung muss im Lichte immer bestehender Alternativen begründet werden. Nur dann erkennt sie die Adressaten als Partner an, denen sie nicht einfach Behauptungen und Gehorsam zumutet. Denn Begründungen können immer

infrage gestellt werden. Nur so entsteht eine ernsthafte Diskussion, nur so kann man die besten Lösungen finden.

Angela Merkel hat ihre Entscheidungen im Gegensatz dazu prinzipiell nie begründet, sondern als „alternativlos“ vorgetragen und damit gegen Grundregeln des demokratischen Diskurses, der Vertrauen stiften soll, verstoßen.

Das rächt sich jetzt. Sozialdemokraten sollten daraus lernen: Politische Kommunikation muss auf Gründe bauen, muss dialogisch-argumentativ verfahren und Vertrauen in die bürgerliche Öffentlichkeit aufbringen.

Um aber jenseits der Kommunikation in der Krise neues gesellschaftliches Vertrauen in sozialdemokratische Politik zu gewinnen, müssen wir die Verunsicherungserfahrungen vieler Bürger\*innen im Wandel und durch den Wandel benennen. Und wir müssen wenigstens in der Grundorientierung unsere Antworten vorstellen, wie wir die Unsicherheiten politisch angehen und überwinden können.

### **III. BEISPIELE FÜR DIE VERUNSICHERUNG IM WANDEL UND LÖSUNGSANSÄTZE**

Subjektive Erfahrungen von Unsicherheit hängen miteinander zusammen. Sie können nicht einfach auf einzelne Ursachen zurückgeführt werden, die ihrerseits im Übrigen auch voneinander abhängen. Deshalb kann man die Unsicherheitsgefühle von Bürger\*innen nicht einfach logisch/psychologisch in eine Reihenfolge bringen und auch ihre Ursachen nicht in eine klare Hierarchie ordnen. Vielmehr handelt es sich um ein Syndrom von untereinander vernetzten Erfahrungen und Ursachen. Deshalb kann Politik, die Unsicherheiten überwinden oder zumindest eindämmen will, nicht einfach erfolgreich einzelne Hebel bedienen, sie muss als Gesamtprofil erkennbar sein. Dennoch ist es wichtig, einzelne Verunsicherungserfahrungen bewusst zu machen und zumindest an einigen zentralen Ursachen gegen sie anzugehen.

Die nachstehende Abfolge versucht, den subjektiven Erfahrungshorizont der Individuen und Gesellschaften schrittweise in Bezug auf die Lebenswelten und die systematischen Zusammenhänge zu erweitern.

- **Wandel der Gesellschaften: Orientierungssuche in neuer Vielfalt**
- **Wandel der Wirtschaft: Strukturumbrüche**

- **Schuldenlast für die kommenden Generationen? Eine neue progressive Finanzpolitik**
- **Wandel in der Arbeitswelt: Abstiegsängste, Selbstwertverlust**
- **Erosion der öffentlichen Daseinsvorsorge**
- **Innere Sicherheit gefährdet? Subjektive Gefühle gegen objektive Daten**
- **Schwächung nationalstaatlicher Politik: Kontrollverlust durch Globalisierung**
- **Globalisierung: Verunsicherung durch neue Abhängigkeiten**
- **Wandel des Klimas und der planetaren Umwelt bedroht unsere Lebensgrundlagen: Wir wollen einen Green New Deal**
- **Wandel der sozialen, politischen, ökonomischen, klimatischen Friedensbedingungen: Failed States und Bürgerkriege, Flucht und Migration**
- **Wandel der internationalen politischen Mächte-Konstellation: neue Bedrohungen in der militärischen Sicherheitspolitik**
  
- **Wandel der Gesellschaften: Orientierungssuche in neuer Vielfalt**

Dass sich Gesellschaften weltweit, also auch die deutsche in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt haben und weiter wandeln, ist unübersehbar. Nach dem Zweiten Weltkrieg galten Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vielen in Westdeutschland als fremd, weil sie einer anderen Konfession als ihre neue Umgebung angehörten, andere Dialekte sprachen und andere Lebensgewohnheiten hatten. Dabei waren sie Deutsche, sprachen deutsch und waren von der Religion her in der Regel christlich. Aber sie brauchten Wohnungen, Arbeit, soziale Unterstützung und waren insofern nach dem Krieg auch Konkurrenten der Einheimischen.

Inzwischen kommen Bürger\*innen in Deutschland aus vielen Teilen der Welt. 25% von ihnen, das sind 21 Millionen von 83 Millionen, haben einen Migrationshintergrund. Ein Viertel von ihnen sind Muslime oder gehören anderen Religionsgemeinschaften an, haben andere Hautfarben, leben auch andere als deutsche Traditionen und sprechen in anderen Sprachen, sprechen sehr gut oder weniger gut deutsch. Und wie die deutschen Vertriebenen ehemals brauchen vor allem jene, die im Zuge der Fluchtmigration 2015/16 nach Deutschland gekommen sind, Wohnungen, Arbeit, Bildung, Zugang zur Gesundheitsversorgung oder soziale Sicherung – aber auch das Gefühl einer symbolischen Anerkennung von Schutz. Besonders sie kommen mit einer hohen Sicherheitssehnsucht nach Deutschland. Das trifft in Teilen auf eine große Unterstützung, ein starkes ehrenamtliches Engagement und eine hohe

Willkommenskultur – in Teilen trifft es aber auch auf starke Abwehr und akute Bedrohungsgefühle bei ca. 30% der deutschen Bevölkerung. Dabei ist es wichtig zu analysieren, ob das Bedrohungs- und Abwehrgefühl vor allem auf rassistischen Ressentiments gründet, die sich in der Abwehr von allem Neuen – als Fremdem – artikuliert, oder ob die Bedrohung möglicherweise in einer Konkurrenz um knappe Güter und Ressourcen gründet, wie z.B. bezahlbarer Wohnraum, anständige Arbeit oder aber auch soziale Anerkennung oder Partnersuche.

Diese Entwicklung erleben alle, die Einheimischen wie die Eingewanderten, zumal wenn sie ihrerseits traumatische Flucht und Vertreibung hinter sich haben, als tiefe Verunsicherung. Einheimische verspüren Verlustängste, eine Bedrohung ihrer Position und vor allem ihres Selbstwertgefühls. Eingewanderte leiden unter Geringschätzung, Ausgrenzung bzw. Nicht-Anerkennung und viele unter erheblicher sozialer Benachteiligung.

Gleichzeitig haben unabhängig von der Migration – vor dem Hintergrund von Jahrzehnten sozial polarisierender Marktradikalität – die Gegensätze zwischen arm und reich in der Gesellschaft drastisch zugenommen und tiefe Ängste ausgelöst. Feste soziale Rollen, normative Traditionen, soziale Gewohnheiten, auch Religions- und Konfessionszugehörigkeiten haben sich zudem erheblich gelockert – und dies war vielfach politisch gewollt. Die einen erleben die Lockerung als eine gewünschte Emanzipation, andere als einen Verlust ihrer Orientierung und als Macht- und Kontrollverlust. Beides spielt im Geschlechterverhältnis eine wichtige Rolle.

Nicht nur in der Zeit der deutschen Teilung, die insgesamt 40 Jahre gedauert hat, haben die Deutschen in Ost und West unterschiedliche Erfahrungen gemacht, sondern auch in den 30 Jahren nach der Wiedervereinigung. Trotz der überwältigenden Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung und der unbestreitbaren Erfolge sind deshalb viele Ost- und Westdeutsche bis heute einander fremd. Die gewaltige Transformationsleistung der Ostdeutschen wird unterschätzt. Sie können zu Recht stolz darauf sein, einen in diesen Ausmaßen unbekanntem Veränderungsprozess gemeistert zu haben. Nach der staatlichen Vereinigung 1990 mit ihren ökonomischen und sozialen Folgen, die jeden Ostdeutschen unmittelbar betrafen, wurde die Asymmetrie hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Macht, die zwischen der früheren DDR und Westdeutschland bestand, z. T. im Verhältnis von Ost- und Westdeutschen bis in die Gegenwart fortgeschrieben. Das zeigt sich in der auch durch die deutsche Teilung bedingten Eigentumsverteilung zwischen Ost und West, der damit einhergehenden Verteilung von Armut und Reichtum und der Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in den politischen und gesellschaftlichen Eliten. Die damit existierende strukturelle Diskriminierung Ostdeutscher hat trotz der

positiven Einschätzung der deutschen staatlichen Einheit erhebliche Verunsicherungen und Friktionen in Ostdeutschland ausgelöst.

Mehr Sicherheit in diesem Wandel, der offensichtlich viele Dimensionen hat und durchaus unterschiedlich erlebt wird, kann nur gelingen, wenn Politik die ganz vielfältigen Perspektiven der Unsicherheitserfahrungen kennt und ernstnimmt. Dazu ist eine kluge Ausweitung politischer Partizipation von der Kommune bis zur nationalen, europäischen und globalen Ebene (in der Entwicklungszusammenarbeit) hilfreich, weil und wenn es mit ihr gelingt, die unterschiedlichen Erfahrungsperspektiven gerecht zusammenzubringen und zwischen den Bürger\*innen aus Ost und West ebenso wie aus dem Norden und dem Süden Vertrauen entstehen zu lassen. Politische Freiheit und Gerechtigkeit in der Verteilung materieller und sozialer Güter, aber vor allem auch in der Anerkennung bzw. Wertschätzung sind entscheidende Voraussetzungen dafür, die Unsicherheiten, die der Wandel auslöst, zugunsten von mehr und inklusiver Sicherheit, also für alle und von allen zu überwinden. Dazu brauchen wir unverzichtbar Solidarität.

Freiheit als politische Teilhabe bietet die Chance, dass Bürger\*innen sich individuell psychisch stärken und zugleich den rückversichernden sozialen Zusammenhalt neu aufbauen, weil sie sich mit gemeinsam beschlossenen politischen Lösungen identifizieren. Das nährt Selbst-Anerkennung ebenso wie Anerkennung anderer und bietet eine solide Grundlage für Sicherheit. Das erleichtert die Bemühung um einen Grundkonsens über gemeinsame Orientierungen, die auf den Prinzipien unseres Grundgesetzes und auf dem demokratischen Versprechen der gleichen Freiheit aller Bürger\*innen ruhen und vor allem eine lebbare Kultur der gegenseitigen Anerkennung entwickeln müssen. Ohne ausreichende soziale Sicherung für alle hat sie allerdings nicht viele Chancen. In der wahrscheinlich zunehmenden Pluralisierung unserer Gesellschaften ist soziale Sicherheit nötig, damit die plural-offene Gesellschaft nicht als Überforderung erfahren wird.

- **Wandel der Wirtschaft: Strukturumbrüche**

Die Wirtschaftsgeschichte ist voll von Umbrüchen. Sie haben die Menschen im Laufe der Jahrhunderte immer wieder gezwungen, ihre vertrauten Orte zu verlassen und sich, oft in der Fremde, ein neues Leben aufzubauen. Auch aus diesem Grunde ist die menschliche Geschichte eine Geschichte der Migration. Die beschleunigte Dynamik des Kapitalismus hat mit diesen Umbrüchen viel menschliches Leid verursacht, das im 19. Jahrhundert zur Entstehung der Arbeiterbewegung und zur Gründung der Sozialdemokratie geführt hat. Menschen wollten nicht mehr einfach Spielball oder Opfer der Verhältnisse und des Wandels bleiben, sondern ihn selbstbestimmt

mitgestalten können. In der Gegenwart erleben wir diesen Wandel umso gehäuft und bedrängender, als er uns in allen Gegenden der Erde gleichzeitig begegnet und seine Wirkungen so ineinandergreifen, dass wir ihn nicht mehr überblicken und örtlich beherrschen können. Wenn er der Kontrolle der Bürger\*innen heute ganz entgleitet, unterminiert dies unsere Demokratie.

Deshalb muss sozialdemokratische Politik sich für eine glaubwürdige, zentral wie auch dezentral basierte industriepolitische Strategie engagieren, die Brücken zwischen alten und neuen Strukturen entwickelt und die die Arbeitnehmer\*innen mitbestimmen. Industriepolitik ist planendes Engagement für eine zukünftige Wirtschaft, die im Sinne der sozial-ökologischen Transformation ökonomische, soziale und ökologische Bedarfe berücksichtigt und gute Beschäftigung schafft. Das sozialdemokratische Design einer guten Industriepolitik bezieht ökonomische, soziale und ökologische Bedarfe aufeinander und geht beteiligungsorientiert vor. Das bedeutet bei der Gestaltung des Strukturwandels in der Wirtschaft, z.B. beim Ausstieg aus der Kohle zugunsten des Klimaerhalts, dass es nicht nur um materielle Kompensationen, Sozialversicherungen oder neue Jobs geht – so wichtig sie sind! –, sondern auch darum, Wege zu finden, dass die Bürger\*innen nicht „heimatlos“ werden und den Boden unter den Füßen ebenso wie ihr Selbstwertgefühl nicht verlieren.

Die wirksamste politische Antwort auf diese Herausforderung liegt darin, den Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen zusammen mit den Bürger\*innen partizipatorisch und im Kontext der Kultur zu gestalten, die ihnen in der Vergangenheit Heimat und Selbstwertgefühl vermittelt hat. Das gelingt am besten, wenn im Rahmen von staatlichen finanziellen Förderungen sowie von Weiterbildungen die Teilhabe der Bürger\*innen an den Entscheidungen ermöglicht wird: über neue Investitionen, über die Gestaltung ihres kulturellen – künstlerischen ebenso wie sportlichen – Alltags, über Bildung, das Gesundheitswesen und die bauliche Entwicklung ihrer Umgebung. Das geht am besten in ihrem Lebensalltag auf der Ebene der Städte und Kommunen sowie am Arbeitsplatz – z.B. für die Weiterentwicklung der Digitalisierung. Dazu braucht es eine unterstützende, finanziell unterlegte Infrastruktur. Ein Weg dafür kann – anknüpfend an die Nachhaltigkeitsziele, insbesondere an Ziel 11, das „nachhaltige Städte und Kommunen“ nennt – die Einrichtung von kommunalen Entwicklungsbeiräten sein. Bürgermeister\*innen können dazu sowohl gewählte Gemeindevertreter\*innen und Vertreter\*innen der Verwaltung als auch Unternehmen und Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft einladen. Mit wissenschaftlicher Hilfe können sie gemeinsam und, bevor Festlegungen getroffen worden sind, über eine nachhaltige Entwicklung und Zukunft ihres kommunalen Alltags und ihrer Arbeitswelt beraten und so ihre Selbstwirksamkeit zurückgewinnen.



- **Schuldenlast für die kommenden Generationen? Eine neue progressive Finanzpolitik**

In der Rot-Grünen Koalition um die Jahrtausendwende hat die Sozialdemokratie bereits eine nachhaltige Finanzpolitik angestrebt. Damals wollte sie den von der CDU/CSU hinterlassenen Schuldenstand von 2.300 Milliarden DM mit einer jährlichen Zinslast von 80 Milliarden DM (17% des Bundeshaushalts) schnell abbauen, die Wirtschaft wieder ankurbeln und so die Arbeitslosigkeit senken. Sie folgte dazu dem zu dieser Zeit wirtschaftstheoretisch und politisch dominierenden angebotsorientierten Grundsatz: mehr privat, weniger Staat. Die Senkung von Lohnnebenkosten (der Sozialbeiträge zugunsten privater Zusatzversicherung), von Unternehmenssteuern (von 45% auf 25%) und Einkommenssteuern (Spitzensteuersatz von 53% auf 42%), der Staatsquote von 50% auf ca. 40% sollten die private Initiative ankurbeln. „Die Vision ist also ein neues Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“; kein Nachwächterstaat, aber „weniger Staat als heute“ (Siegmar Mosdorf, Nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik, in: Franz Müntefering, Matthias Machnig [Hrsg.], Sicherheit im Wandel, Berlin 2001, Vorwärtsverlag, S. 141-150, hier S. 149).

20 Jahre später stehen wir vor einer ganz anderen Herausforderung. Vor Corona hatte Deutschland keine hohen Schulden, der Zinssatz geht gegen Null, aber es bestehen scharfe soziale Diskrepanzen, eine vielfach abgewirtschaftete staatliche Infrastruktur, unzureichende Ausstattung mit öffentlichen Gütern. Die Steuersenkungen haben nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen, sondern den Staat geschwächt. Allein die Instandsetzung der alternden deutschen Infrastruktur erfordert einen erheblichen finanziellen Kraftakt. In seltener Eintracht forderten daher bereits vor der Corona-Krise das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) und das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) für das kommende Jahrzehnt öffentliche Investitionen von 457 Milliarden Euro.

Die Corona-Krise hat die „Schwarze Null“ endgültig zugunsten hoher Aufbau-Kredite abgelöst. Für die EU hat eine ganz neue Politik die gemeinsame Schuldenaufnahme von 750 Milliarden und zusätzlichen ca. 100 Milliarden für die Finanzierung von Kurzarbeit ermöglicht. Der Aufbau soll die Wirtschaft zugunsten von Klimaschutz, öffentlichen Gütern (Mobilität etc.), Digitalisierung erneuern. Staatliche Vorsorge u.a. zur Sicherung von Resilienz ist ein vorrangiges Erfordernis. Die durch staatliche Politik induzierte soziale, ökologische und digitale Transformation steht an. Das neue Entwicklungsmodell soll große Potentiale für sozialökologischen Fortschritt eröffnen. Höhere Löhne, der Wiederausbau der Daseinsvorsorge in die Fläche, die Stärkung der sozialen Sicherheitsnetze sowie weitere Schritte zur Integration der Schutzmacht Europa sind Projekte, die nun mehrheitsfähig werden könnten. Die Rolle des investierenden Gärtnerstaats in der sozial-ökologischen Transformation könnte sogar

das Potential haben, die jahrzehntelange Innovations- und Produktivitätskrise aufzulösen.

Ermöglicht wurde dieser Schritt auch durch einen Paradigmenwechsel in der deutschen Wirtschaftswissenschaft, die ihre jahrzehntelangen Vorbehalte gegen das Schuldenmachen im Angesicht einer noch nie dagewesenen Krise relativiert hat. Die Verschiebung der ökonomischen Sichtweisen eröffnet in Deutschland die Chance einer Neuordnung der gesellschaftlichen Allianzen. Rund um die utopische Erzählung des Green New Deals könnten sich Industrie und Gewerkschaften, Wissenschaft und soziale Bewegungen, die linksliberale Mittelschicht und die verantwortungsethischen Konservativen versammeln. Bettet man die Erzählung in ein strategisches Narrativ ein, das die Sicherung der europäischen Souveränität in einer feindlicheren Umwelt rivalisierender Einflusszonen beschreibt, sind auch die sicherheitspolitischen Gemeinschaften sowie die Souveränität betonende Konservative erreichbar.

Deswegen ist es entscheidend, die Erfolgsbedingungen des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells ins Zentrum der Debatte zu stellen. In der Wirtschaft und bei den Gewerkschaften sind die Debatten um Entkopplung und Resilienz längst im Gange. Kommen die Sozialpartner zu der Auffassung, dass sich das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell verändern muss, um in einer sich verändernden Welt bestehen zu können, wird sich auch die Sozialdemokratie dieser Einsicht nicht verschließen können. Mit Blick auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD könnte hierin eine Chance liegen, sich auf eine gemeinsame Position zu verständigen: „Die Welt ändert sich, daher müssen wir unser Wirtschafts- und Sozialmodell anpassen“ ist eine Brücke, über die alle gehen könnten. Auf dieser Plattform können sich nicht nur alle Strömungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften versammeln, sondern auch neue Interessengruppen aus der Wirtschaft.

- **Wandel in der Arbeitswelt: Abstiegsängste, Selbstwertverlust**

Über die Zukunft der Arbeit ist in den vergangenen Jahren eine intensive Diskussion entbrannt, deren Pole von Eu- und Dysphorikern bestimmt werden. Während der eine Flügel der Debatte dank Robotern und Automatisierung die endgültige Befreiung von allem Arbeitsleid postuliert, sieht der andere das Zeitalter einer totalen Maschinenherrschaft heraufziehen. Die tatsächlichen tektonischen Verschiebungen in der Arbeitswelt werden dabei oft übersehen. Sachlichkeit und Konkretion wären dabei angebracht, denn viele Arbeitnehmer\*innen spüren mit Unbehagen, dass sich ihre tägliche Arbeit, auch ihre zukünftigen Arbeitsmöglichkeiten erheblich ändern. Das führt zu Unsicherheit, mitunter auch zu Angst. Diese Angst hat durchaus reale Gründe.

Denn zu Beginn des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts steht die Arbeitswelt in der Tat vor einem tiefgreifenden Wandel. Nach dem die Bundesrepublik Deutschland länger als viele andere OECD-Länder an dem Paradigma festgehalten hatte, im Kern der Wertschöpfung eine Industriegesellschaft zu sein (und damit grosso modo gut gefahren war), wird nun zunehmend deutlich, dass die klassische Industrie volkswirtschaftlich an Bedeutung verliert oder genauer: in einer Transformation begriffen ist, die aus traditionellen Industrieunternehmen High-Tech-Konzerne mit hohen Softwareanteilen in der Wertschöpfung macht. Dieser Paradigmenwechsel ist durchaus eine riskante Operation. Denn erstens ist offen, ob und wenn ja welchen Unternehmen diese Transformation überhaupt gelingt – zu groß scheint der Vorsprung von US-amerikanischen und zunehmend auch chinesischen Internetunternehmen auf zentralen Feldern wie Spracherkennung, Sensorik und Vernetzung. Zweitens, einen glückenden Transformationspfad unterstellend, wird der momentan ablaufende Häutungsprozess sowohl die quantitative wie die qualitative Arbeitsnachfrage nachhaltig verändern und zu Unübersichtlichkeit und Umbrüchen am Arbeitsmarkt führen. Neben den eher physisch-dinglichen Fähigkeiten der Ingenieure und Facharbeiter, die nach wie vor gebraucht werden, wird es zu einer verstärkten Nachfrage nach IT-Spezialisten verschiedenster Couleur kommen, die nicht überall befriedigt werden kann. Ins Hintertreffen geraten Berufsgruppen, die weder Exzellenz in dem einem noch in dem anderen Feld aufweisen. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Beruf des Mechatronikers, der noch vor zwanzig Jahren als gelungene Synthese von Soft- und Hardware-Skills galt, mittlerweile aber als chronisch überforderter Zwitter zwischen Maschinenbau und IT gilt. Hier sind Umwidmungen und Umformungen der Berufsbilder zu erwarten, die vor allem die traditionellen Berufsbilder der deutschen Facharbeit stark berühren und zu entsprechenden Sorgen vor einem Status- und Selbstwertverlust führen werden.

Ins Auge sticht, dass die Gefahr des Wegfalls von Tätigkeiten und Arbeitsplätzen sich nicht nur auf einfache Arbeit bezieht, sondern auch auf solche, die in einem mittleren Qualifikations- und Anforderungsprofil angesiedelt sind, deren Aufgaben aber durch künstliche Intelligenz ersetzt werden können. Weiterhin bedarf es eines sensiblen Blickes auf die Entwicklungspotentiale von Beschäftigten mit einfachen Qualifikationsmerkmalen und wie diese gefördert werden können, um auch unter veränderten Produktionsbedingungen integriert werden zu können. Generell kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil menschlicher Arbeit an der dinglichen Produktion, gerade im Bereich standardisierter Massengüter, tendenziell sinken wird, während die manufakturähnliche Einzelfertigung sowie die Produktion von Code als Grundlage jeder Software weiter zunehmen wird. Das hat auf der einen Seite damit zu tun, dass die jährlichen Effizienz- und Produktivitätsschübe in der industriellen Produktion durch Automatisierung und neue Formen der Arbeitsorganisation auch in

Zukunft weitergehen werden. Parallel dazu erfolgt aber auch vielfach eine Vereinfachung der Produkte, etwa wenn vorher mechanische oder physikalische Funktionen heute durch Softwaresteuerung ersetzt werden – kein Mensch benutzt heute mehr ein Fieberthermometer mit Drucksäule und sich ausdehnender Flüssigkeit wie Quecksilber oder Alkohol. Die Fieberanzeige erledigt heute ein Sensor.

Paradigmatisch sieht man diese Entwicklung am Beispiel der Automobilindustrie: Während die klassische Fertigung immer effizienter und kostengünstiger wird, wachsen die Kostenanteile von Software und Vernetzung exponentiell. Kommt dann noch ein Wechsel in der Produktstrategie hinzu, wie ihn die Autoindustrie gerade mit der Wende vom Verbrenner- zum Elektromotor vollzieht, können zusätzliche Effekte und Herausforderungen auftreten: Die Endfertigung eines vergleichsweise wenig komplexen Elektroautos erfordert deutlich weniger Arbeitskraft als die eines Verbrenners mit seinem komplexen Antriebsstrang.

Die Beschäftigten kommen also von verschiedenen Seiten unter Druck: Qualifikatorisch müssen sie sich neuen Fertigungstechnologien, zum Teil neuen Produkten und vor allem einem massiv gestiegenen Digitalanteil in allen Fertigungsprozessen stellen. Die Erfahrungen aus den umfangreichen aktuellen Requalifizierungen, zum Beispiel in der Autoindustrie und deren Zuliefererbetrieben, machen deutlich, dass dies kein trivialer Prozess ist, beginnt er doch für Beschäftigte, die oft seit dem Führerschein keine Prüfung mehr abgelegt haben, mit dem Schaffen radikaler Transparenz über die eigenen Fähigkeiten – und dies nicht nur gegenüber sich selbst, sondern auch gegenüber dem Arbeitgeber. Im zweiten Schritt heißt es für viele „Lernen lernen“, denn auch die Aneignung neuen Wissens kann ein mühsamer Prozess sein, wenn er nicht stetig eingeübt wird. Drittens – und damit kommen wir in den Bereich der Quantifizierung von Arbeit – ist nach erfolgter Requalifizierung nicht immer klar, ob die Beschäftigten auch gemäß ihrer neuen Fähigkeiten eingesetzt werden können, denn die quantitative Arbeitsnachfrage – siehe oben – nimmt tendenziell ab. Auf den Arbeitsmärkten steht uns also ein zehnjähriger Transformationskorridor bevor, an dessen Ende vieles anders sein wird als zu seinem Beginn.

Überhaupt noch nicht diskutiert worden ist die Frage, was Corona und eventuell nachfolgende Pandemien für die Zukunft der Produktionsarbeit bedeuten könnten: Während Wissensarbeiter und IT-Spezialisten in der Regel relativ unproblematisch aus dem Home Office heraus arbeiten können, sind industrielle Entwicklungstätigkeiten an Labore und Prüfstände gebunden und Produktionsvorgänge an die Verfügbarkeit von Anlagen. In beiden Fällen ist ein Betreten des Betriebs erforderlich. Sollte die Pandemie-Gefahr länger anhalten, könnte dieses den tendenziellen Wandel von stofflicher zu digitaler Produktion weiter beschleunigen.

Während das Schicksal von Produktionsarbeit also in mancher Hinsicht prekär ist, werden neue Formen der kreativen Wissensarbeit, der manufakturähnlichen Kleinserien- und Unikate-Fertigung z.B. im Design-Bereich sowie der IT-Projektarbeit weiter an Bedeutung gewinnen. Corona hat hier mit der temporär fast universellen Durchsetzung des Home Offices für fast alle Wissensarbeiter als Katalysator für eine neue Arbeitskultur gewirkt. Während digitales Arbeiten von zu Hause auf der einen Seite die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit verbessert (auch wenn Familien durch Corona viele Sonderbelastungen zu schultern hatten), lockert sie doch tendenziell die Bindungen zum Betrieb und zu den beruflichen Peer Groups. Am weitesten ist diese projektförmige oder werksauftragsähnliche Form der Arbeit bei den IT-Gewerken, die als Arbeitnehmer eine große Marktmacht haben. Viele IT-Spezialisten bevorzugten schon lange vor Corona die Arbeit von zu Hause aus, den klar definierten (und vielfach hoch bezahlten) Werksvertrag statt der Festanstellung und die Freiberuflichkeit anstelle der Einbindung in die Hierarchie. In dem Maße, in dem derartige Arbeitsverhältnisse zunehmen, stellen sich verstärkt Fragen nach der Aufstellung der Sozialsysteme, aber auch nach der Zukunftsfähigkeit des Unternehmens als dominierende Organisationsform für die Erbringung von Arbeitsleistungen.

Arbeit wird also im Zuge der ablaufenden Transformation komplexer, unregulierbarer, immer weniger durch universell gültige Vereinbarungen regulierbar und definitiv auch prekärer. Mit der starken Ausdehnung von Home-Office verändert sich zudem das Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und Reproduktion. Ein Wandel der Sozialität von Arbeit resultiert daraus, dass sich im Home Office ihr unmittelbarer kollektiver, sozialer Kontext reduziert. So ist es auch nicht ganz unrealistisch, dass sich im Homeoffice die Bedingungen für die gewerkschaftliche Organisation als Träger kollektiver Interessen erschweren und damit auch eine weitere Schwächung der Gewerkschaften zu befürchten ist, wenn es ihnen nicht gelingt neue Formen der Organisation zu finden, die diesem Wandel Rechnung tragen.

Wenn wir im Zuge dieser Transformation der Arbeit Sicherheit im Wandel wollen, sollten wir daran arbeiten, das deutsche industrielle Paradigma im Sinne einer angemessenen Balance von Hard- und Softwareanteilen in der Wertschöpfung weiter zu entwickeln und nicht, es im Zeichen eines Aufbruchs in die komplett digitale Zukunft über Bord zu werfen. Das gilt übrigens auch für die soziale Organisation des Produktionssystems in Deutschland inklusive der Sozialpartner als seiner Hauptgaranten. Deutsche Ingenieurskunst und die hohe Fachlichkeit unserer dualen Berufsausbildung sind nicht notwendig Überlebensgaranten für das 21. Jahrhundert – wichtige Bausteine unserer Zukunft sind sie aber allemal.

- **Erosion der öffentlichen Daseinsvorsorge**

In den letzten Jahrzehnten ist der Unmut über den Zustand der öffentlichen Infrastruktur gewachsen. Das hat zu einer Verunsicherung der Bürger\*innen geführt auch, weil das Vertrauen in den Staat und seine Fähigkeit, Lösungen für die Probleme des Alltags zu finden, sehr gelitten hat.

Der schlechte Zustand des öffentlichen Verkehrsnetzes, der digitalen Infrastruktur, der Schulen und nicht zuletzt der Verfall des öffentlichen Wohnungswesens stehen beispielhaft für diese Entwicklung. Steigende Preise und eine sinkende Qualität zeugen bei den öffentlichen Gütern von einer Ignoranz gegenüber den existentiellen Bedarfen der Mehrheit. Die unzureichende Investitionsbereitschaft (Fähigkeit / Investitionsschwäche der Kommunen) in die öffentliche Infrastruktur hat den Verfall beschleunigt, die Nutzerfreundlichkeit gesenkt und die Gefahren, die damit einhergehen (Verkehr, Brücken etc.) erhöht. Eine Reaktion auf die sinkende Investitionsbereitschaft in öffentliche Güter bestand darin, dass diese zunehmend stärker nach betriebs- und profitwirtschaftlichen Kriterien gesteuert und verändert wurden. Die Absicherung des Alters, der öffentliche Verkehr, die Pflegeheime und Krankenversorgung bis hin zu den Gefängnissen sind Gegenstand von Privatisierung und Kommerzialisierung oder zumindest einer Steuerung geworden, die sich streng an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientiert. Einerseits konnten damit Anstöße für eine günstigere Bewirtschaftung knapper Ressourcen gegeben werden; in manchen Bereichen wurde auch die Qualität verbessert und die Zufriedenheit der Nutzer\*innen erhöht. Andererseits haben Privatisierung und Kommerzialisierung aber auch dazu geführt, dass nur das gefördert wird, was sich rechnet und nicht das, was an realen Bedarfen existiert. Meist sind es die einkommensschwachen Teile der Gesellschaft, die den Nachteil haben. Zudem verändert sich „der Geist“, die Idee der öffentlichen Einrichtungen. Und das sind schwere Belastungen für Institutionen, die öffentliche Güter zur Verfügung stellen sollen, um Demokratie zu fördern. Diese können sich nämlich nicht alleine durch Effizienz rechtfertigen, sie müssen sich auch demokratisch legitimieren. Insofern hat der Besorgnis erregende Populismus eine seiner Wurzeln auch im Verfall der öffentlichen Güter.

Um dem zu begegnen, brauchen wir die erneute Bereitstellung öffentlicher kollektiver Güter insbesondere der Daseinsvorsorge (Bildung, Digitale Infrastruktur, Verkehr, Gesundheitsvorsorge, Wasserversorgung und öffentliche Sicherheit). Denn von diesen hängt nicht nur die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ab, sondern auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die individuellen Entfaltung- und Aufstiegsmöglichkeiten. Es sind die netzwerkartig verwobenen wirtschaftlichen und sozialen Einheiten, die jene gesellschaftliche Infrastruktur bilden, die moderne Gesellschaften überhaupt erst zu dem haben werden lassen, was sie heute sind. Diese

Infrastruktur ist also sowohl die Basis privatwirtschaftlicher, und gesellschaftlicher Funktionsfähigkeit wie auch der Möglichkeit individueller Selbstbestimmung.

Privateigentum und Markt können schöpferische Kräfte wirken lassen. Allerdings widerspricht ein allein von Preissignalen und damit von Einkommens- und Vermögensverhältnissen gesteuertes Marktsystem dem grundlegenden demokratischen Anspruch. Dort, wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum nicht oder nur mangelhaft ihren Wohlfahrtszweck erfüllen, müssen sie durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. Öffentliche Güter müssen für jeden zugänglich sein, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten. Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors. Öffentliche Unternehmen sind ein wichtiges Instrument, um diesen Gemeinwohlauftrag zu erfüllen. Auch die natürlichen Monopole – insbesondere Netzwerkindustrien, deren Dienstleistungen ausschließlich auf der Grundlage diverser Infrastrukturen geleistet und erbracht werden können (Energiewirtschaft, Bahn, etc.) – sollten durch die öffentliche Hand gesteuert werden. Zudem können staatliche Unternehmensbeteiligungen die einzelwirtschaftliche Verwertungslogik um dienstleistungs- und industriepolitische Ziele erweitern.

Öffentliches Eigentum allein bietet aber noch keine Garantie, dass die Unternehmenspolitik auch am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtet wird. Deswegen bedarf es einer demokratischen und effizienten Steuerung sowie Kontrolle öffentlichen Eigentums. Neben öffentlichem Eigentum können weitere Eigentumsformen jenseits des Privateigentums einen Beitrag zu Wirtschaftsdemokratie leisten. Im Sinne einer solidarischen Ökonomie könnten dies insbesondere die Genossenschaften sein.

Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören nicht nur die öffentlichen Güter, die auf der nationalstaatlichen Ebene zur Verfügung gestellt werden, sondern auch eine kommunale Infrastruktur, die städtebaulichen und lokalen Bedürfnissen nach Zugehörigkeit, kurzen Wegen und Sicherheit entspricht. Die Corona-Krise birgt die Gefahr, dass z.B. die Innenstädte verwaisen, weil der städtische Handel sehr gelitten hat. Deshalb ist es so wichtig, dass die Kommunen nicht nur finanziell gut ausgestattet werden, sondern dass ihnen auch die Möglichkeit gegeben wird, den Aufbau partizipatorisch zu gestalten und so zugleich die Demokratie zu stärken. Dazu müssen die Verwaltung ausgestattet und die Infrastruktur für mehr demokratische Teilhabe finanziert werden.

- **Innere Sicherheit gefährdet? Subjektive Gefühle gegen objektive Daten**

Die Verunsicherung, die Menschen empfinden in Zeiten von Wandel und während Krisen - wie der gegenwärtigen Herausforderung durch die Corona-Pandemie -, bezieht

sich auf alle Aspekte der Sicherheit. Das Sicherheitsbedürfnis gilt natürlich besonders der sozialen Sicherheit, es betrifft aber auch Fragen der äußeren und inneren Sicherheit.

So ist die subjektive Angst vor Kriminalität oder die Einschätzung, dass die eigene oder die öffentliche Sicherheit gefährdet sei, häufig anders als es objektive Kriminalitätsstatistiken verraten. Das gilt gerade für ältere Menschen

Auch wenn in Wirklichkeit die Kriminalität insgesamt eher zurückgeht, Aufklärungsraten gerade bei Gewaltverbrechen außerordentlich hoch sind und Deutschland eines der sichersten Länder der Welt sein dürfte, müssen diese Ängste und ihre Ursachen berücksichtigt werden.

Gleichzeitig gibt es durchaus Bedrohungen der inneren Sicherheit. Zweifel an der Handlungsfähigkeit des Staates, die ja gerade von Rechtspopulisten in Frage gestellt wird, bezogen sich auch auf Versuche, Teile der Sicherheitsinstitutionen zu privatisieren oder im Zuge von haushaltspolitischem Primat die öffentliche Daseinsvorsorge zu schwächen.

Manche Debatten über eine Bedrohung der inneren Sicherheit etwa im Kontext mit der großen Flüchtlingsbewegung oder nach Terroranschlägen dienen gerade Rechtspopulisten dazu, Sympathien für autoritäre Haltungen, die unsere Freiheit stärker beschränken, auch bei denen zu wecken, die für so etwas eigentlich nichts übrig haben.

Nimmt man die Situation etwa in den Vereinigten Staaten, wo es gerade heftige Diskussionen um Rassismus und Polizeigewalt gibt, so stellt man fest, dass im Vergleich zu Deutschland fundamentale Unterschiede bestehen. Dabei gibt es auch hier sehr wohl neben individuellen Fehlleistungen auch strukturelle Probleme, die etwa im Zuge der Terrorserie der NSU-Mörder oder der Sympathie für rechte Tendenzen im Sicherheitsapparat so manches Bundeslandes deutlich geworden sind, und die natürlich strukturell auch angegangen werden müssen. Insgesamt kann man für Deutschland aber sagen, dass wir eine Bürgerpolizei haben, bei der die meisten Polizistinnen und Polizisten ihren Job so machen, dass es den Freiheitsrechten und Verfassungspflichten entspricht.

Für die Sozialdemokratie ist es wichtig, dass man die Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen erkennbar sicherstellt, dass Sicherheit in all ihren Aspekten – in sozialer, äußerer und innerer Sicherheit – zusammen gedacht wird, dass man jedweden Privatisierungsbestrebungen von Sicherheitsgewähr konsequent entgegentritt und dass wir eine liberale Ordnung bewahren, die Freiheitsrechte nicht gegen Sicherheit ausspielt.



Darüber hinaus ist es erforderlich, dass wir den gesellschaftlichen Konsens – was die Ablehnung von Gewalt angeht – neu beleben. Das bedeutet, dass klar sein muss: Gewalt ist jenseits des staatlichen Gewaltmonopols geächtet, egal von wem sie ausgeht, egal gegen wen sie sich richtet und egal wie sie begründet wird. Wenn das gelingt, dann wirkt das der Verunsicherung entgegen. Gleichzeitig beugt es politisch den Bemühungen von Rechtspopulisten vor, aus der Unsicherheit der Menschen Kapital zu schlagen, indem sie für autoritäre Lösungen Zustimmung jenseits der Bevölkerungsgruppen erreichen, die ohnehin eine rechte Gesinnung haben.

- **Schwächung nationalstaatlicher Politik: Kontrollverlust durch Globalisierung**

Zu den Entwicklungen, die die Bürgerinnen und Bürger seit den achtziger Jahren zunehmend als Verunsicherung erfahren, gehört, dass die ökonomische Globalisierung die Reichweite staatlicher Politik deutlich eingeschränkt hat. Die Bürger\*innen haben erlebt, dass wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sicherungen ebenso wie steuerpolitische Maßnahmen ihres Staates immer weniger greifen. Ein entscheidender Grund dafür war die von den USA und Großbritannien ausgegangene Deregulierung im Bereich der Finanzpolitik, die die Mobilität des Kapitals und damit der privaten unternehmerischen Entscheidungen über die nationalen Grenzen hinweg enorm erleichtert hat. Damit hat der Staat seine Hoheitsgewalt über sie z.T. verloren. Die Deregulierung ging einher mit einem Wandel der Wirtschaftstheorie und ist in Europa und Deutschland fortgesetzt worden. Der von Chicago ausgehende angebotsorientierte sog. Neoliberalismus propagierte eine Rücknahme der Staatstätigkeit zugunsten privater Initiative, die von staatlichen Regulierungen befreit werden sollte, um mehr wirtschaftliche Leistung und Produktivität zu erbringen. Ein Stichwort dafür war „die Entfesselung der Märkte“, also die „Befreiung“ der Wirtschaft von staatlichen „Fesseln“.

Die zerstörerischen sozialpolitischen Folgen dieser Entwicklung sind heute bekannt. Sie waren für viele Anhänger\*innen und Wähler\*innen der SPD besonders schmerzlich. Dies zumal die SPD sich in der Rot-Grünen Koalition nach der Jahrtausendwende zur Vorreiterin dieser Politik gemacht hat in der Hoffnung, wesentliche Errungenschaften des Sozialstaates damit doch erhalten und die Arbeitslosigkeit abbauen zu können. Viele der damaligen Entscheidungen sind inzwischen rückgängig gemacht worden.

Allerdings ist die weltweite Einschränkung der politischen Reichweite der Nationalstaaten durch die Globalisierung geblieben. Sie ist einer der Gründe dafür, dass deren „Output-Legitimation“ drastisch abgenommen hat: Ein immer größerer Teil der

Gesellschaft traut staatlicher Politik in der Demokratie nicht mehr zu, die sie bedrängenden Problem zu lösen.

Viele verlangen daher, die Globalisierung rückgängig zu machen, um den früheren Schutz durch den Nationalstaat zurückzugewinnen. Dies ist einer der Gründe für die Renaissance von Nationalismus auf der Rechten, aber z.T. auch – aus sozialpolitischen Gründen – auf der Linken.

Zu den dringendsten Aufgaben der Sozialdemokratie gehört deshalb eine theoretische Begründung und praktische Strategie für eine demokratische Politik, die über die nationalen Grenzen hinweg wirkt. Das betrifft zuallererst eine gemeinsame Politik der Europäischen Union, auch im Dienste eines grenzüberschreitenden sozialen Ausgleichs, die von den Bürger\*innen getragen werden kann und sich aus verengt nationalstaatlichen Perspektiven befreit. Dazu muss sie in einem europäischen Legitimationsempfinden der Bürger\*innen gegründet sein, das die nationale demokratische Legitimation nicht überspringt oder auslöscht, sondern sie durch eine Stärkung der politischen „Selbstermächtigung“ der Bürger\*innen zusätzlich fundiert. Das gelingt am besten durch demokratische Partizipation auf kommunaler Ebene, die durch grenzüberschreitende Vernetzung von Kommunen und Städten zugleich „zur Entgrenzung“ der Solidarität beitragen kann. In solchen Netzwerken können sich Kommunen für ihre nachhaltige Entwicklung in der Klima-, Energie-, Sicherheits-, Mobilitäts- und Migrationspolitik gegenseitig austauschen, helfen und damit dazu beitragen, die europäische Zusammengehörigkeit und Identität ihrer Bürger\*innen als legitimierende Grundlage gesamteuropäischer Politik durch gemeinsame europäische Erfahrungen und politische Projekte zu vitalisieren.

- **Globalisierung: Verunsicherung durch neue Abhängigkeiten**

Die Corona-Krise ist auch als Ergebnis einer allein nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien betriebenen Globalisierung zu interpretieren, die zu lebensbedrohlichen Abhängigkeiten und Engpässen geführt hat, die die Bürger\*innen besorgt. Als Folge davon hat sie einen Paradigmenwechsel in der globalen Arbeitsteilung weg von der betriebswirtschaftlichen Effizienz („Just in Time“) hin zu mehr Resilienz („Just in Case“) in Gang gesetzt und beschleunigt. Geoökonomische wie geopolitische Motive sprechen für die Verkürzung von Lieferketten, die Errichtung von Puffern und die Abgrenzung von Märkten. In einer Welt, in der Kapital, Waren, Arbeit und Menschen nicht mehr so frei wie bisher fließen, wird der heimische europäische Markt umso wichtiger. Will Europa überleben, darf für seinen Zusammenhalt kein Preis zu hoch sein. Das bedeutet dann aber auch zu verhindern, dass die Schuldenkrise in Italien und Griechenland erneut den gemeinsamen Währungsraum

auseinanderzureißen droht. Mit dem vom Europäischen Rat beschlossenen EU-Haushalt von 2021 bis 2027 ist dafür ein wichtiger Schritt getan worden.

Dennoch ist zu befürchten, dass die europäischen Volkswirtschaften nicht so schnell auf einen dynamischen Wachstumspfad zurückfinden werden. Wie schon nach 2008 lässt die Mischung aus schwachem Wachstum und hohen Schulden wenige Alternativen zu einer expansiven Geldpolitik. Um die Wirtschaft aus dem „schwarzen Loch“ der Niedrigzinsen zu befreien, fordert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die expansive Geldpolitik durch eine expansivere Fiskalpolitik zu begleiten.

Die Alternative, die Kosten der Krise wie 2008 zu sozialisieren, ist entgegen der Forderungen der ordoliberalen Gralshüter, die das hinter dem wohlklingenden Wort des „ausgeglichenen Haushalts“ verbergen, keine Option. Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass weitere Sparpakete zur Konsolidierung der Staatsfinanzen im Süden Europas mit demokratischen Mitteln durchsetzbar wären. Die populistischen Revolten, die Südeuropa erschüttern und Großbritannien aus der Europäischen Union katapultiert haben, waren die politische Reaktion auf die sozialen Abstiegsängste, die durch die Verwerfungen der Globalisierung, Automatisierung und Migration befeuert werden. Eine weitere Dekade Austerität würde einen Tsunami populistischer Revolten auslösen, der die liberale Demokratie in einigen Gründerstaaten Europas zerstören und die Europäische Union auseinanderreißen würde.

Um den verunsicherten Bürgern und Bürgerinnen in den strukturschwachen Gebieten das Gefühl zu nehmen, der Staat lasse sie im Stich, muss die Daseinsvorsorge in die Fläche zurückkehren. Erst eine erstklassige Daseinsvorsorge ermöglicht allen die Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen, und kulturellen Leben. Busse und Bahnen, gute Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten und schnelles Internet reichen aber noch nicht aus. Um soziale Begegnungen jenseits Klasse, Lebenswelt und Milieu, demokratische Debatten um die besten Lösungen, sowie politische Mitbestimmung bei der Gestaltung des Zusammenlebens zu ermöglichen, müssen wir eine Bürgerinfrastruktur bereitstellen. Dazu gehören auch Möglichkeiten sozialer Organisation jenseits des Marktes, etwa in der Form von Genossenschaften, mit denen bereits heute beim Wohnen, in der Landwirtschaft und bei der Energiegewinnung experimentiert wird.

- **Wandel des Klimas und der planetaren Umwelt bedroht unsere Lebensgrundlagen: Wir wollen einen Green New Deal**

*Wir leben im Zeitalter des Anthropozän*

Die Menschenzeit (die neue Erdepoche des **Anthropozäns**) beschreibt unsere „überbevölkerte, verschmutzte, ungleiche und störanfällige Welt“ (Brundtland-Bericht). Ökologische Grenzen des Wachstums werden überschritten. Denn seit der Industriellen Revolution sind die Eingriffe in die Natur eskaliert. Die Weltbevölkerung hat sich verachtfacht, der Ressourcenverbrauch in den Industriestaaten pro Kopf verzwanzigfacht und die Beanspruchung der Öko-Systeme sogar ver Hundertfacht. Ohne eine Einbindung der Natur in Wirtschaft und Gesellschaft gibt es keine gute Zukunft.

In den letzten Jahrzehnten ist der Mensch zur stärksten Kraft im Naturgeschehen aufgestiegen. Die Eingriffe haben globale Ausmaße angenommen. 2019 wurde der Welterschöpfungstag bereits Ende Juli erreicht, in diesem Jahr – begründet durch den Lockdown der Corona-Pandemie – rund vier Wochen später. Den Rest des Jahres zehrte die Menschheit an der biologischen Substanz. Wichtige Rohstoffe wie Öl und Süßwasser werden knapp, der Peak wird überschritten, um wertvolle Mineralien drohen erbitterte Verteilungskämpfe. Die Vernichtung der Arten liegt bis zu 1.000-mal höher als im natürlichen Durchschnitt. In vier von neun ökologischen Dimensionen, die für das menschliche Leben essentiell sind, werden planetarische Grenzen überschritten. Um 2045 wird die anthropogene Erderwärmung, die das Immunsystem unseres Planeten zerstört, 1,5 Grad C erreichen und weitere 20 Jahre später auf 2 Grad C angestiegen sein. Damit rücken Kippunkte näher. Bei 1,8 Grad C Erwärmung werden die Korallenriffe, das zweitgrößte Öko-System der Erde, unwiderruflich geschädigt.

Die Grundlage der **Idee des Fortschritts** ist der Gedanke der Linearität, der aus der jüdisch-christlichen Tradition stammt, aber im letzten Jahrhundert auf technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum reduziert wurde. Im Kern ging es um die Emanzipation des Menschen aus wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Das gilt auch heute, aber in einer erweiterten Form, die auch die Naturvergessenheit überwindet und die Tragfähigkeit der Erde beachtet. Die Einrichtung der Welt, insbesondere die **Externalisierung** der sozialen und ökologischen Folgekosten wirtschaftlich-technischer Prozesse, muss neu geregelt werden, denn sie zerstört nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern am Ende die Menschheit selbst. Ein bloßes Fortschreiben der Gegenwart ergibt keine Zukunft mehr

Die Klima-Krise ist auch eine soziale Krise. Betroffen von ihr sind zuerst arme Regionen, sozial schwache Schichten und künftige Generationen, die sich nicht wehren, aber auch nur sehr begrenzt anpassen können. Der anthropogene Klimawandel vertieft soziale Unterschiede. Daraus können tiefe politische Krisen werden, denn die Verschärfung der sozialen Unterschiede bedroht nicht zuletzt die Demokratie und gefährdet den Frieden. Die globalen Bedrohungen belegen die Kurzsichtigkeit der neoliberalen Ideologie, die

auf „Privat vor Staat“ setzt. Heute fällt immer stärker auseinander, was zusammengehört.

Es wird nicht mehr so werden, wie es war. Und es darf auch nicht so werden. Die Corona-Pandemie ist ein kräftiger Warnschuss. Das Anthropozän stellt die Gestaltungs- und Verteilungsfrage neu. An dieser Weichenstellung muss die Transformation, die von der Globalisierung der Märkte und Digitalisierung der Welt vorangetrieben wird, politisch gestaltet werden. Und zwar sozial und ökologisch. Fassadenbegrünung oder Krisenmanagement reichen nicht aus. Wird die Welt immer mehr zu einem einzigen Markt, werden die sozialen und ökologischen Schutzschichten des menschlichen Lebens immer mehr abgebaut.

Wir wollen einen **Green New Deal**, der soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele miteinander verbindet. Nur eine erneute Neuausteilung der Karten kann allen Menschen eine gute Zukunft geben. Sie verbindet Sozialstaat und ökologische Modernisierung. Uns geht es dabei nicht nur um die Durchsetzung des Neuen, sondern vor allem um einen demokratischen und sozial verträglichen Umbau. Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen wird nur möglich, wenn er sozial verträglich erfolgt. Wir wollen alles tun, damit der Umbau nicht zu neuen Spaltungen in der Gesellschaft führt.

Unsere wichtigste Botschaft heißt: Die Menschheit kann dauerhaft in Einklang mit der Natur leben, wenn schnell die Weichen für einen neuen Fortschritt gestellt werden, sozial und ökologisch, demokratisch und solidarisch. Die Leitlinie ist dafür eine nachhaltige Entwicklung. In der Tradition von Willy Brandt, Gro Harlem Brundtland und Olof Palme kämpfen wir für eine sichere Welt, die weder Mangel noch Überfluss kennt. Dafür brauchen wir schnell einen Perspektivenwechsel, der soziale und ökologische Gerechtigkeit miteinander verbindet, mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung verwirklicht und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in die wirtschaftlichen und technologischen Prozesse integriert.

Wir sind davon überzeugt: In Anknüpfung und Erweiterung der Programmatik der Sozialdemokratie kommen wir aus der Krise, unser Land hat eine gute Zukunft. Allerdings wird die Zeit für den Umbau knapp. Deshalb darf es nicht länger um kleine und zögerliche Schritte gehen. Der Green New Deal ist ein **neuer Gesellschaftsvertrag**, dessen Leitidee eine nachhaltige Entwicklung ist, um zu einer neuen Kultur des solidarischen Zusammenlebens zu kommen.

Unser Green New Deal geht über den von der EU-Kommission vorgeschlagenen ökologischen Deal weit hinaus. Er geht von Investitionen, Innovationen, Infrastruktur und Integration aus. Und er verbindet die ökologische Modernisierung mit der Erneuerung und Erweiterung des Sozialstaates. Diese Punkte müssen als Einheit verstanden werden.

Wir wollen die Infrastruktur unseres Landes ökologisch erneuern. Es geht uns nicht nur um Sanierung vorhandener Systeme. Unser Ziel ist die Stärkung der öffentlichen Güter, der Umbau der Verkehrssysteme, insbesondere des Nahverkehrs, die Verwirklichung der Energiewende und eine ökologische Kreislaufwirtschaft sowie der Umbau der Ver- und Entsorgung. Plastik muss zurückgedrängt werden. Die Leitlinie ist dabei das Prinzip des Vermeidens, deshalb müssen die ökologischen „Effizienzgewinne“ weit oberhalb des wirtschaftlichen Wachstums liegen. Unser Ziel ist es auch, in den nächsten 15 Jahren den Ressourcenverbrauch absolut deutlich zu senken. Deshalb wollen wir in allen Bereichen des Energie- und Ressourceneinsatzes eine „Effizienzrevolution“ einleiten.

Wir wollen unser Programm „soziale Stadt“ erweitern zu einem Programm „sozial-ökologische Stadt“. Die Städte und Gemeinden können Vorreiter der ökologischen Modernisierung und des Klimaschutzes werden. Auch wollen wir die bäuerliche Landwirtschaft stärken, eine Agrarwende vorantreiben und die ländlichen Regionen vitalisieren. Dazu zählt ebenso eine Erweiterung des Naturschutzes, um die Zerstörung der Biodiversität zu stoppen und wertvolle Naturräume besser zu schützen. Wir werden das Naturschutzgesetz mit ehrgeizigen Zielen novellieren.

Wir wollen die ökologische Finanzreform fortsetzen, auch indem wir umweltschädliche Subventionen überprüfen und kürzen. Das Bruttoinlandsprodukt als wirtschaftlicher Bewertungsmaßstab soll um soziale und ökologische Indikatoren erweitert werden, um zu einem Wohlfahrtsindex zu kommen. Im Deutschen Bundestag werden wir einen Nachhaltigkeitsausschuss einrichten, der weitreichende Rechte zur Prüfung der ökologischen Verträglichkeit von Beschlüssen und Programmen bekommt. Uns geht es darum, mehr Demokratie für ökologische Ziele zu wagen. Partizipation und Teilhabe sind wichtige Voraussetzungen für die Modernisierung unserer Gesellschaft. Dazu gehören nicht nur mehr Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung, sondern auch die verstärkte Förderung von neuen Bürgergenossenschaften.

- **Wandel der sozialen, politischen, ökonomischen, klimatischen Friedensbedingungen: Failed States, Bürgerkriege, Flucht und Migration**

Weltweit haben Bürgerkriege und Fluchtbewegungen zugenommen, die uns täglich im Fernsehen begegnen und die Bürger\*innen besorgen und Umfragen zufolge verunsichern. Eine der Ursachen für die Verunsicherung ist die bisherige Unfähigkeit der EU, eine den europäischen Werten entsprechende gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik zu entwickeln und umzusetzen. Bürgerinnen und Bürger fürchten, dass die EU nicht in der Lage ist, die Fluchtbewegungen zu regulieren oder gar zu kontrollieren.

Dieser Kontrollverlust ist es, der sich 2015 als schwierige Belastung in die Erinnerung eingepägt hat.

Viele demokratische Politiker\*innen versuchen, das Thema „Flucht und Migration“ in der öffentlichen Debatte zu vermeiden und suchen deshalb auch nicht zielstrebig nach Lösungen. Dies geschieht auch, weil rechte politische Kräfte das Thema Angst schürend zu ihren Gunsten instrumentalisieren. Dazu setzen sie mit kräftigen Bildern Fehlinformationen in die Welt, z.B. dass Migranten mehrheitlich kriminell seien oder dass Europa das Ziel von Hunderten von Millionen Flüchtlingen sei und jede konstruktive Lösung einen sog. Pull-Effekt auslösen, also noch mehr Menschen nach Europa locken würde.

In Wirklichkeit kommen bisher nur ca. 5% der Geflüchteten z.B. aus Afrika nach Europa, die übrigen 95% bleiben als Binnenflüchtlinge in ihren Ländern bzw. auf dem afrikanischen Kontinent. Empirische Forschungen zeigen, dass Geflüchtete, die vor Bürgerkrieg oder politischer Unterdrückung fliehen oder weil sie wegen des Klimawandels keine Lebensperspektive mehr haben, möglichst nahe bei ihrer Heimat bleiben, um so früh wie möglich in ihre Heimat zurückkehren zu können. Von zentraler Bedeutung ist es deshalb, durch eine partnerschaftliche und möglichst auf lokale Partner ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit dazu beizutragen, dass in Afrika neue Lebens- und Überlebensperspektiven entstehen. Kern dessen sollte ein geduldiger Aufbau von guter Governance sein.

Denn die Gründe für die Fluchtbewegungen liegen auch in der Zunahme der sog. „Failed States“, beziehungsweise in der anhaltenden Schwäche von Staaten, die aufgrund ihrer mangelhaft ausgeprägten Handlungsfähigkeit und ihrer Krisenanfälligkeit bestenfalls als „fragile Staaten“ bezeichnet werden können. Sie sind dringend zu stärken.

Die Herausforderungen für die Menschen in diesen Staaten sind gewaltig: Fast ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in Staaten mit hohen Sicherheits- und Entwicklungsrisiken - darunter mehr als 200 Millionen Menschen in direkter europäischer Nachbarschaft. So viele Frauen, Männer und Kinder wie nie zuvor sind auf der Flucht vor Gewalt und Krieg und sind getrieben von Perspektivlosigkeit. In den vergangenen sechs Jahren hat die Anzahl von bewaffneten Konflikten einen Höchststand seit 1945 erreicht. Covid-19, Klimawandel, Ernährungsknappheit, Ungerechtigkeit und Bevölkerungswachstum sowie nationaler und regionaler Terrorismus verschärfen bestehende Konflikte und werden neue entfachen. Zugleich haben sich die internationalen Rahmenbedingungen für die Prävention und Bewältigung von Krisen und Konflikten verschlechtert: Großmachtkonflikte zersetzen die regelbasierte Ordnung, die internationalen Militärausgaben sind auf Rekordniveau und die meisten Regionalorganisationen sind zu schwach, um selber Konflikte und

Krisen bearbeiten zu können. In ihren außenpolitischen Strategien bekräftigt die Bundesregierung: Krisen vorzubeugen und Frieden sichern – das ist nachhaltiger, wirksamer und günstiger, als zu intervenieren, wenn Krisen und Gewaltkonflikte bereits ausgebrochen sind. Im VN-Sicherheitsrat (2019/2020) hat Deutschland als nichtständiges Mitglied die Krisenprävention auf die Agenda gesetzt.

Militärische Interventionen der Internationalen Gemeinschaft bringen zu oft nicht den Erfolg, der den Konflikt- und Krisenregionen zu wünschen wäre. Deutschland nimmt im Rahmen von Nato, EU und UN sowie in UN-mandatierten Koalitionen der Willigen mit der Bundeswehr an dieser Politik aktiver militärischer Kriseneindämmung teil.

Inzwischen ist klar, dass z.B. nach 20 Jahren Afghanistan-Engagement diese Mission kein Modell für andere Interventionsfälle sein kann. Auch der Irak und Libyen sind internationale Beispiele für die Schwierigkeit, mit begrenzten Mitteln, unklaren Zielen, schwankenden Partnern, rudimentärer zivil-militärischer Zusammenarbeit und schwacher Gesamtkoordination dauerhaft erfolgreich zu sein.

Sich lange Zeit lieber nicht mit eigenem Militär zu engagieren wie in Syrien, scheint aber auch keine besonders gute Option zu sein.

Mit Blick etwa auf das deutsche, europäische, afrikanische und UN-Engagement in den fünf Sahel-Staaten Mali, Niger, Burkina Faso, Tschad und Mauretanien - wo die Lage immer chaotischer wird - scheint es vordringlich, national wie auch im internationalen Rahmen die bisherigen Interventionserfahrungen auszuwerten und gemeinsam notwendige Bedingungen für den Erfolg von Kriseninterventionen zu definieren. Placebo-Missionen, die der Strategie „Man kann ja nicht nichts tun“ folgen, wären zu wenig. In der Sahel-Region, in den ärmsten Ländern der Erde, sollte Deutschland gemeinsam mit Frankreich die Führung des internationalen Engagements übernehmen.

Wie soll sozialdemokratische Politik also auf die Herausforderungen der Failed States antworten?

Das gesamte Engagement der Bundesregierung in fragilen Ländern muss sich am friedenspolitischen Leitbild der „Leitlinien Krisenprävention“ ausrichten und dieses muss gleichzeitig auf der europäischen Ebene eingebracht und verankert werden. Diesem Ziel dient in Deutschland die Schaffung eines ressortgemeinsamen Friedensfonds, die Einführung eines jährlichen friedenspolitischen Berichts der Bundesregierung an den Bundestag und die politische Aufwertung des interministeriellen Ressortkreises „Zivile Krisenprävention“ zu einer „Koordinationsgruppe Frieden und Konfliktbearbeitung“ auf Ebene der Staatssekretäre. Eine ständige ressortübergreifende Arbeitsgruppe soll Informationen sammeln und austauschen, gemeinsame Analysen erstellen und für alle Ministerien verbindliche Länder- und



Regionalstrategien formulieren, durch die die Ursachen von Krisen und Gewaltkonflikten angegangen werden sollen.

Alle nationalen und europäischen Aktivitäten und Mittelaufwendungen von Seiten der EU gegenüber fragilen Staaten müssen dringend koordiniert werden, um maximale Wirkung zu erzeugen. Deutschland und Europa müssen endlich die Agenda 2030 mit ihren UN-Nachhaltigkeitszielen (SDG) als wirkliche Matrix ihres politischen Handelns ausrichten. Fragile Staaten werden nur eine Chance haben, wenn faire Handelsbedingungen mit rechtlich verbindlichen Sorgfaltspflichten bestehen, in denen auch die Umweltkosten mit eingepreist sind. Um die SDGs in ihrer Komplexität und Themenvielfalt umsetzen zu können und die Länder zu stärken, dürfen keine Haushaltsmittel der EU und Deutschlands aus der Entwicklungszusammenarbeit für den Aufbau von Militärstrukturen verwendet werden. Alle Mittelverwendungen für Ausbildungs- und Ausstattungsprogramme für Sicherheitskräfte in Drittstaaten, in Deutschland im Rahmen der sog. „Ertüchtigungsinitiative“, müssen öffentlich zugänglich evaluiert werden. In Corona-Zeiten sind Aufbau und Unterstützung medizinischer Infrastrukturen aber auch Hungerbekämpfung und die Milderung von Klimaschäden sicherheitsrelevant. Dort, wo Autokratien und Diktaturen bestehen, sollte die verstärkte Zusammenarbeit mit verständigungsorientierten religiösen Institutionen und Trägerstrukturen geprüft und mit einbezogen werden. Do-No-Harm-Ansätze und Risikofolgenabschätzungen müssen insbesondere bei der Genehmigung und Verbleibkontrolle von Rüstungsexporten, dem Umgang mit Geldwäsche, Korruption und Steuerverbrechen, dem Handel mit Konfliktrohstoffen, der Umwelt- und Klimapolitik wie auch bei der Ernährungs- und Energiepolitik von europäischer Ebene strengstens befolgt werden.

Dennoch wird es auch in den nächsten Jahrzehnten Flucht- und Migrationsbewegungen geben. Für eine darauf antwortende europäische Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik hat die SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages gerade einen umfassenden und überzeugenden Vorschlag einstimmig verabschiedet. Die Angst vor Flüchtlingen und Migration könnte auf der Basis dieses Politikvorschlags genommen werden, weil damit die Sorge vor dem Kontrollverlust von Staat und Bürger\*innen ausgeräumt würde. Kern ist der Gedanke, die Aufnahme von Geflüchteten auf Freiwilligkeit zu gründen, dazu gemeinsam mit den Bürger\*innen in den Kommunen Angebote zu erarbeiten und dies mit kommunalen Investitionsinitiativen zu verbinden, die, europäisch finanziert, Integration und kommunale Entwicklung miteinander verbinden.

- **Wandel der internationalen politischen Mächte-Konstellation: neue Bedrohungen in der militärischen Sicherheitspolitik**

Im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts, noch vor dem Ende des Ost-West-Konfliktes, hatte sich eine vielversprechende gemeinsame Sicherheitspolitik zwischen Ost und West entwickelt. Ausdruck fand dies in einer Reihe von grundlegenden Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle, in Europa in Gestalt der sozialdemokratischen Ost- und Entspannungspolitik, die wiederum eine der Voraussetzungen für die Schlussakte der KSZE von 1975 in Helsinki war.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes konnten sich die Vereinten Nationen endlich einer umfassenden Liste von globalen Fragen widmen: der universalen Geltung der Menschen- und Grundrechte, der globalen Nachhaltigkeit und Klimapolitik, der Stärkung der kollektiven Friedenssicherung (Peacekeeping), der Zusammenarbeit der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates im Umgang mit innerstaatlichen Konflikten, der Schutzverantwortung von Staaten und der internationalen Staatengemeinschaft bei Brüchen des humanitären Völkerrechts. Auch auf dem Gebiet der Abrüstung und der Rüstungskontrolle gab es weitere Fortschritte, u.a. die Chemiewaffenkonvention von 1997 und das Landminenverbot. Es gelang die Schaffung einer neuen Welthandelsordnung (WTO), eines umfassenden Regelwerks für den gesamten Welthandel mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten. Einen großen Fortschritt stellte 1998 die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes für die Bestrafung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen dar, dem allerdings wichtige internationale Mächte nicht beigetreten sind.

Diese positive Entwicklung geht gegenwärtig zu Ende.

### **Folgende Entwicklungen bedrohen gegenwärtig die internationale Sicherheit**

Die sicherheits- und friedenspolitischen Grundlagen erodieren sichtbar im Zeichen der Krise (liberaler) internationaler Ordnung. Die zentrale Institution der friedlichen Konfliktbearbeitung, der UN-Sicherheitsrat, wird durch neue Spannungen zwischen den Ständigen Mitgliedern beim Umgang mit Konflikten und der Durchsetzung völkerrechtlicher Normen (Irak, Syrien, Ukraine, Türkei) wechselseitig blockiert.

Angesichts tiefgreifender Umbrüche und dem Auftauchen neuer Großmachtrivalitäten greift der Begriff der Polarität nicht mehr, erscheint die Nachkriegsordnung als Auslaufmodell. Diese Situation müssen wir zur Kenntnis nehmen, wobei nichtmilitärische, globale Herausforderungen (Klimawandel, Ressourcenknappheit, Migration) neben klassischen Bedrohungsszenarien immer stärkere Bedeutung erhalten. Das betrifft

- Zunehmende Spannungen im Verhältnis der USA zu China, Russlands zum Westen, in der islamischen Welt zwischen dem sunnitischen und dem schiitischen Lager, zwischen Indien und Pakistan, zwischen Nord- und Südkorea. Nationalismus und religiöser Fundamentalismus gewinnen an Kraft.
- Das Verhältnis zwischen den USA und Europa, das durch einen Übergang von Kooperation zu Konkurrenz gekennzeichnet ist (Iran, Energie, Afghanistan, Naher Osten) einerseits und Europas gegenwärtige Schwäche (West-Ost-, Nord-Süd-Brüche) andererseits.

Neue Bedrohungen für die europäische Sicherheit ergeben sich aus der Rivalität zwischen USA und China und dem konfrontativen Verhältnis USA - Russland im Bereich der militärischen Sicherheitspolitik:

- Die Aufkündigung der Rüstungskontrollverträge durch die USA - von ABM 2001, Iran-Abkommen 2018, INF 2019, Open Skys 2020 und voraussichtlich New START im kommenden Jahr - bedeutet praktisch das Ende des Systems der nuklearen Rüstungskontrolle, das der noch existierende NPT voraussetzt.
- Neue nukleare Kriegsführungsstrategien, die strategischen Modernisierungen des nuklearen Arsenal sowie die Einführung neuer Technologien und Waffensysteme (KI, Cyber, Überschall, hybride Kriegführung) bedeuten eine zunehmende wechselseitige Destabilisierung und einen Vertrauensverlust zwischen den Atommächten.

Zwei geopolitische Prinzipien konkurrieren in unserer Gegenwart miteinander: werte- bzw. regelgebundener Multilateralismus und aggressive Einflusssphärenpolitik konkurrierender Großmächte, wobei im Moment die Initiative bei jenen Mächten zu liegen scheint, die sich letzterer verschrieben haben. Das gibt Anlass zur Sorge.

### **Multilaterale Politik ist nach wie vor möglich und dringend nötig**

Multilateralismus, verkörpert durch internationale Institutionen und Zusammenarbeit, ist nach wie vor unverzichtbar, um Vertrauen zu schaffen und auch im Interesse der Staaten außerhalb multilateraler Allianzen, wie zum Beispiel bei der Rüstungskontrolle. Diesen Fokus auf gemeinsame Interessen in der multilateralen Kooperation gilt es zu stärken.

Europa kann in dieser Situation eine positive Rolle für friedliche Konfliktbeilegung und eine Rückkehr zur regelbasierten internationalen Ordnung spielen. Im Blick auf die europäische Sicherheit gilt es eine umfassende Debatte über Sicherheit und Stabilität in Europa zu führen. Das betrifft das Verhältnis NATO-Russland, aber auch die Frage der „nuklearen Teilhabe“ und wie Europas Sicherheit auch ohne Atomwaffen zu

gewährleisten ist. Das heißt aber: Europa und europäische Sicherheit müssen breiter gedacht werden als die EU, sie umfassen auch Partner und Staaten außerhalb der EU.

Hier schließt sich die aktuelle Debatte über europäische Souveränität an. Auf Grund ihrer ökonomischen Bedeutung und globalen Vernetzung ist die EU ein starker globaler Akteur. Auf das Verhältnis von Deutschland und Frankreich kommt es dabei besonders an. Die Aufgaben, die die deutsche Politik jetzt anpacken muss – abgestimmt mit Frankreich oder anderen europäischen Partnern und am Ende gemeinsam mit der EU – wären zum Beispiel:

- Arbeit an einer neuen übergreifenden, inklusiven Sicherheitsarchitektur (neue KSZE?)
- Strategischer Dialog mit Russland: Risikoreduzierung, Transparenz, Entflechtung
- Neue Rüstungskontrollinitiative: keine taktischen Nuklearwaffen in Europa, keine bodengestützten Raketen (INF), Begrenzung der Raketenabwehr
- Neuausrichtung der Rüstungsexportpolitik
- Neuausrichtung der Entwicklungs- und Klimapolitik als Friedenspolitik

**Ausblick: „Sozialdemokratische Außenpolitik ist nachhaltige und vorausschauende Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“ (SPD- Bundesparteitag 2019)**

Das bedeutet, dass wir uns vom alleinigen Fokus auf strategische, militärische Sicherheit auf das Ziel nachhaltiger Friedensordnungen orientieren. Nachhaltige Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie jenseits aktueller Herausforderungen auf langfristige Ziele und damit übereinstimmende Mittel setzt, also auf Vertrauen schaffender Glaubwürdigkeit und langem Atem beruht und über den Rahmen klassischer Außen- und Sicherheitspolitik hinausgeht.

Dazu ist eine Evaluation deutscher Außenpolitik angesichts der gemischten Bilanz internationaler Friedenseinsätze ein erster Schritt. Denn daraus kann abgeleitet werden, wie wir uns auf zunehmende nichtmilitärische, globale Herausforderungen einstellen: Pandemien, Klimawandel und kritische Infrastrukturen sind friedens- und sicherheitspolitisch hoch relevant.

Nachhaltige Friedens- und Sicherheitspolitik muss sich somit auch auf neue Akteure stützen, verlangt die Einbeziehung lokaler (Friedens)Akteure, muss gesellschaftliche Akteure stärken, aber auch die Beteiligung externer Kooperationspartner, um die Abhängigkeit von einem hegemonialen Partner zu verringern.

#### **IV. ZUSAMMENFASSUNG: SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN, UM MEHR SICHERHEIT ZU SCHAFFEN**

Grundideen: Sozialer Ausgleich durch öffentliche Güter, Daseinsvorsorge (nicht nur national), mehr effektive, aber mit der repräsentativen Demokratie vereinbare Bürgerpartizipation zur „Selbstermächtigung“ (empowerment) und Kompetenzsteigerung der Bürger\*innen, vor allem auf kommunaler Ebene, Neubewertung von „systemnotwendigen Berufen“ (Tendenz: Wir sind alle systemnotwendig, dementsprechend Forderung nach gerechtem Lohn), europäische Solidarität, umfassende Friedenspolitik, zusammen mit Zivilgesellschaft überall (Good Global Governance).